



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 16/17
Dienstag, 14. Dezember 2010
16:04 - 20:34 Uhr (18.00 - 19.00 Uhr Pause)
Kantonsratsaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 11.01.2011

Vorsitz:	Theresia Derksen	CVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: 1. Teil der Sitzung: Ratspräsidentin und 30 Mitglieder 2. Teil der Sitzung: Ratspräsidentin und 32 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Dieter Amsler Fabian Käslin Daniel Preisig	FDP JFSH JSVP
Anfang der Sitzung:	Till Hardmeier	JFSH
1. Teil der Sitzung:	Marianne Streicher-Schwyn Katrin Bernath	SP OeBS

TRAKTANDEN

1 **Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde
Schaffhausen**

Seite 489

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

26.01.2010	VdSR Totalrevision der Stadtverfassung	SPK
06.07.2010	Orientierungsvorlage: Wohnraumentwicklung Schaffhausen Nachtrag I: RSE Projekt Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei vom 9. November 2010	SPK
06.07.2010	Motion Fabian Käslin (JFSH): 190'000 CHF sind genug!	
03.08.2010	VdSR Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) Massnahmenpaket 1	SPK
21.09.2010	Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ersatzneubau Künzle-Heim, Mängel bezüglich altersgerechtes Wohnen	
02.11.2010	Interpellation Simon Stocker (AL): Stadtentwicklung im Güterbahnhof	
02.11.2010	Postulat Katrin Huber Ott (SP): Autofreie Altstadt	
02.11.2010	Präzisierungsvorlage betreffend Verkauf des Grundstücks GB Nr. 3768 in Beringen	GPK
11.11.2010	Motion Walter Hotz (FDP): Transparenz bei Nachtragskrediten	
24.11.2010	Motion Daniel Preisig (JSVP): Anpassung Tarifvergünstigungen Kinderbetreuung: Schluss mit Subventionen nach dem Giesskannenprinzip	
30.11.2010	VdSR Agglomerationsprogramm Schaffhausen-Orientierungsvorlage	FK Bau

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE:**Traktandum 1 Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen**

Der Grosse Stadtrat heisst in seiner Schlussabstimmung den Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, die Anträge des Stadtrats, die GPK-Anträge sowie die an der Ratssitzung vom 14.12.2010 genehmigten Anträge mit 22:6 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2011 wird genehmigt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98% festgesetzt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die Lohnsummenentwicklung nach Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz wird mit 0 Prozent festgelegt.
4. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

<u>Wiederkehrende Ausgaben der Laufenden Rechnung:</u>		Franken
1202.365.908	Tourismus, Handel, Industrie und Gewerbe; Beitrag an Schweizer Städteverband; (Total Fr. 20'500), Erhöhung gemäss GV 2009	10'500

6600.364.001	Beiträge an Schifffahrtsgesellschaft URh, (Total Fr. 26'000) Erhöhung infolge neuer Leistungsvereinbarung	6'000
<u>Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung:</u>		Franken
63101.501.607	Agglomerationsprogramm; Ebnatstrasse	590'000
63101.501.670	Agglomerationsprogramm; Löwengässchen unterführung Bereich Spitalstrasse, Aufweitung	350'000
63201.501.766	dito; Hemmentalerbach, Gerstemersteigwiesen Renaturierung	300'000

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2011 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

BEGRÜSSUNG

Die Ratspräsidentin, Theresia Derksen (CVP), eröffnet die Sitzung Nr. 16/17 vom 14. Dezember 2010 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Kämpfer und Peter Neukomm sowie der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Thomas Jaquet/Leiter Zentralverwaltung ist zur Unterstützung der heutigen Budgetdebatte ebenfalls anwesend.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage Nr. 19 von Walter Hotz (FDP): Informationspolitik des Stadtrates, eingegangen am 16. November 2010
- Kleine Anfrage Nr. 20 von Till Hardmeier: Warum hat der Stadtrat das Budget nicht besser im Griff?, eingegangen am 17. November 2010
- Antwort des SR auf die Kleine Anfrage von Walter Hotz (FDP): Informationspolitik des Stadtrates vom 14.12.2010
- Antwort des SR auf die Kleine Anfrage von Till Hardmeier (JFSH): Warum hat der Stadtrat das Budget nicht besser im Griff? vom 14.12.2010
- Motion von Daniel Preisig (JSVP): Anpassung Tarifvergünstigungen Kinderbetreuung: Schluss mit Subventionen nach dem Giesskannen-Prinzip!, eingegangen am 24. November 2010
- Vorlage des Stadtrates vom 30. November 2010: Agglomerationsprogramm Schaffhausen – Orientierungsvorlage. Diese Vorlage soll breit abgestützt werden, das Büro war auch bereits bei der Vorlage Wohnraumentwicklung und der SLA/Systematisierte Leistungsanalyse dieser Meinung und schlägt deshalb eine 11er-Spezialkommission vor, Vorsitz: OeBS/CVP/EVP-Fraktion

Hermann Schlatter (SVP): Stellt Antrag auf Zuweisung zur Vorberatung in die Fachkommission Bau.

Urs Tanner (SP): Die SP/AL unterstützt diesen Vorschlag.

Iren Eichenberger (OeBS): Unterstützt den Vorschlag des Büros.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 19 : 8 Stimmen die Zuweisung zur Vorberatung

in die Fachkommission Bau gut.

- Bericht des Stadtrates an den Grossen Stadtrat zur Jugend-WG gemäss Vorlage des Stadtrates vom 3. April 2007 „Begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene“ zur Kenntnisnahme
- Anträge des Stadtrates und der GPK über Nachträge zum Budget 2011, Anträge der GPK an den Grossen Stadtrat betreffend Änderung der Anträge in der Botschaft (letzte Seite) zum Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2011.
- *personalinfo* vom Dezember 2010
- Einladung Konzert Knabenmusik am 8. Januar 2011. Wer sich für Konzertkarten interessiert, kann sich bei der Ratssekretärin melden.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 15 vom 16. November 2010 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Traktandum 1 Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen

Mitteilung der Ratspräsidentin zum Ablauf der Debatte:

Der GPK-Präsident präsentiert den Bericht der GPK zur Budgetdebatte. In Absprache mit Walter Hotz (FDP) wird SR Peter Neukomm die Zahlen kommentieren und anschliessend erhalten die Fraktionssprecherinnen und -sprecher das Wort.

Walter Hotz (FDP)

GPK-Bericht

„Am 1. Oktober 2010 präsentierte Finanzreferent Peter Neukomm der Öffentlichkeit das Budget 2011 und kommentierte, dass die Stadt „finanziell auf dem Zahnfleisch daher kommt“. Also genau vor zweieinhalb Monaten (ich betone diese zweieinhalb Monate deshalb, weil sich die Budgetzahlen in dieser kurzen Zeit auf das Dramatischste verschlechtert haben, Stadtrat Peter Neukomm wird darauf noch zurückkommen), rechnete der Stadtrat an der Medienorientierung noch mit einem Defizit von CHF 1'960'500.-- in der Laufenden Rechnung. In genauen Zahlen heisst das: Aufwand CHF 217'021'200.--, Ertrag CHF 215'110'700.--. Interessant ist, wenn man die Zahlen vor fünf Jahren (Jahr 2006) vergleicht. Hier war es genau umgekehrt. Damals hatten wir einen Ertrag von rund CHF 218 Millionen und einen Aufwand von rund CHF 215 Millionen, also fast eine umgekehrte Situation. Doch schon bei diesem budgetierten Fehlbetrag von CHF 1,96 Millionen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt mit einem Ertrag aus Liegenschaftsverkäufen rechnet, nämlich mit der Überbauung Bleicheareal hinter dem Bahnhof und mit dem Verkauf des Hauses zur Wasserquelle von insgesamt CHF 3 Millionen. Dass solche Einnahmen budgetiert werden müssen, zeigt deutlich, dass dies eine Strategie ist, die vor allem auf dem Prinzip Hoffnung aufgebaut ist. Tätigt der Stadtrat diese Verkäufe im Jahr 2011 nicht,

haben wir ein budgetiertes Defizit von knapp CHF 5 Millionen.

Das budgetierte Ausgabenwachstum für das Jahr 2011 hat nun ein Mass erreicht, dass der Stadtrat um einschneidende Sanierungsmassnahmen nicht mehr herunkommt. Die Finanzpolitik unserer Stadt wird in den nächsten Jahren für den Stadtrat und auch für den Grossen Stadtrat zum Sanierungsfall. Die Zukunft wird schmerzhaft werden. Wenn Sie nämlich ein Budget erstellen, müssen Sie, wenn Sie es genau nehmen, auch das laufende Jahr ansehen sowie eine Finanzanalyse erstellen, wie es in 5 Jahren aussehen wird. Und gerade diese Analyse beurteile ich persönlich als sehr problematisch. Die stadträtliche Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) wird nicht mehr genügen. Warum? Ich denke an die Mehrkosten Arbeitslosenversicherungsgesetz CHF 40'000.-- (2012 dürften die Kosten auf rund CHF 800'000.-- ansteigen), zusätzlich CHF 800'000.-- Mehrkosten Verringerung Krankenkassenprämien, Gesamtkosten für die Stadt rund CHF 7,4 Millionen, höhere Beiträge von Pflegefällen in privaten Altersheimen Mehrkosten CHF 1 Million, Spitex Beiträge CHF 900'000.--.

Die angespannte Finanzlage schlägt auch auf die Investitionen. Die Stadt wird noch knapp CHF 15 Millionen investieren können. Das hat zur Folge, dass die Stadt aber nur zum Teil diese Ausgaben selbst finanzieren kann. Die Verschuldung wird wieder massiv ansteigen. Wie Sie wissen, lag die Verschuldung Ende 2009 bei CHF 60 Millionen und dürfte folglich bis Ende 2011 auf CHF 75 Millionen ansteigen. Bedenken Sie auch, dass wir in den letzten 10 Jahren eine durchschnittliche Einwohnerzahl von rund 34'000 Einwohner hatten. Damit will ich sagen, dass die Einwohnerzahl bis heute trotz der Fusion mit Hemmental nicht über 35'000 Personen gestiegen ist und damit auch nicht wesentlich die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen.

Man könnte natürlich den Steuerfuss von zurzeit 98% anheben. Aber dies wäre wirklich ein falsches Signal nach aussen. Insbesondere darum, weil die wichtigsten umliegenden Gemeinden den Steuerfuss für das Jahr 2011 senken. Hier waren wir uns auch in der GPK zusammen mit dem Finanzreferenten anlässlich der Informationssitzung einig. Die Frage ist für mich, wie kann sich die Stadt aus dieser misslichen finanziellen Lage befreien? Denn es ist eine Tatsache, wir werden im Jahr 2011 sinkende Einnahmen budgetieren müssen. Sie werden das noch von SR Peter Neukomm hören. Der Stadtrat muss seine Belastungen senken und seine Tätigkeiten auf die Kerngebiete einschränken. Gerade der Stadtrat und die Mehrheit in diesem Rat haben die vergangenen Sparvorschläge jeweils ignoriert. Seit einigen Jahren mache ich Sie immer wieder darauf aufmerksam. Heute sehe ich nur noch einen Weg:

1. Der Stadtrat und seine Bereichsleiter sind verpflichtet, ein Sanierungsprogramm in die Wege zu leiten. Der vorgesehene finanzielle Zeitplan muss umgehend erstellt werden.
2. Die Fremdverschuldung muss umgehend wieder reduziert werden. Denn bei einer weiteren Neuverschuldung haben wir kein Wachstum.
3. Die Nullrunde der Lohnentwicklung muss durchgesetzt werden. Vorauseilende Kniefälle vor dem Personalapparat und den Gewerkschaften (ich denke auch an das Schreiben vom 13. d. M. vom vpod an die Mitglieder des Grossen Stadtrates) sind in der jetzigen Situation völlig deplatziert. Wenn Sie nämlich die Löhne erhöhen wollen, so müssen Sie sich fragen, ob sich auch die

Leistungen erhöhen. Ein Personalstopp wird unumgänglich sein.

4. Investitionen sind wichtig und müssen auch geplant werden. Allerdings sind diese auf die Wirtschaftlichkeit, Notwendigkeit und Finanzierbarkeit (inklusive Folgekosten) zu überprüfen. Der Stadtrat muss eine Neu Beurteilung und Priorisierung der Projekte sofort in die Wege leiten. Eine Auflistung der laufenden Projekte ist zu erstellen und auf deren Wichtigkeit zu überprüfen und dem Parlament vorzulegen.
5. Die Sanierung des Haushaltes hat auf der Ausgabenseite zu erfolgen. Ein weiterer Ausbau der städtischen Tätigkeiten muss strikte verhindert werden. Alle Verwaltungsbereiche, auch die heiligen Kühe, sind auf der Kostenseite zu hinterfragen. Verwaltungsbereiche, die nicht zum Kerngeschäft der städtischen Verwaltung gehören, sind aufzulösen.

Anschliessend noch ein paar Worte zur Arbeit innerhalb der GPK:

Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission haben das Budget 2011 zuerst in Gruppenarbeit und anschliessend an zwei Sitzungen und an einer zusätzlichen Informationssitzung mit Schwerpunkt „Steuereinnahmen“ intensiv beraten. Wie üblich, haben wir vorgängig die Fragen schriftlich eingereicht. Die Antworten haben wir ebenso schriftlich zurück erhalten. An der so genannten Elefantenrunde konnten weitere Fragen und Unklarheiten zusammen mit dem Stadtrat ausgeräumt werden. Wenn ich von intensiv spreche, so haben sich die GPK-Mitglieder dieses Jahr auch eingehend mit dem Konto 3111 Gemeindesteuern, auf Seite 40 des Budgets, 400.011 Zu- und Abrechnungen aus Vorjahre, Natürliche Personen, befasst und orientieren lassen. Diese Kontoposition wird heute von stadträtlicher, aus der GPK und von grossstadträtlicher Seite noch zur Sprache kommen.

Sie haben festgestellt, dass mit dem Budget 2011 die Rechnungslegung erstmals von der funktionalen auf die institutionelle Gliederung umgestellt worden ist. Das heisst, die Abteilungen sind neu den Referenten zugeordnet. Finanzstellen sind teilweise neu zusammengestellt und die Konti etwas gestrafft worden. Man kann sicher sagen, dass damit das Budget transparenter, lesbarer und handlicher geworden ist.

Die GPK Mitglieder sind einstimmig auf das Budget 2011 eingetreten.

Mit Ratspräsidentin Theresia Derksen und Stadtrat Neukomm habe ich vorgängig vereinbart, dass Stadtrat Peter Neukomm Sie nach meiner Einführung über die neusten Budgetzahlen informieren wird, um die Sitzung schnellstmöglich und effizient voran zu bringen. Ich habe auch versucht, Sie so früh wie möglich, jedoch vor allem vor den jeweiligen Fraktionssitzungen, mit dem Antrag des Stadtrates und der GPK über Nachträge zum Budget 2011, das heisst Anträge der GPK an den Grossen Stadtrat betreffend Änderung der Anträge in der Botschaft vom 01.12.2010, beziehungsweise vom 14.12.2010, schriftlich zu informieren. Die Budgetänderungen sind aufgeführt und mit dem entsprechenden Kommentar versehen. Damit sollten Sie Gelegenheit haben, schon innerhalb ihrer Fraktion mit den Stadträten allfällige Unklarheiten im Vorfeld der heutigen Budgetberatung klären zu können.

Die GPK hat dem Budget 2011 mit den Ihnen schriftlich abgegebenen Änderungen vom 14.12.2010 und mit den geänderten Anträgen vom 29.11.2010, die Ihnen mit Schreiben vom 3. Dezember 2010 zugestellt worden sind, mit 3 : 1 Stimmen, bei

zwei Enthaltungen und einer Abwesenheit, dem Budget 2011 zugestimmt. Das heisst, gegenüber dem vom Stadtrat verabschiedeten Budget 2011, Vorlage vom 28. September 2010, schlägt Ihnen die GPK die Änderungen vor (Details können Sie dem genannten Schreiben entnehmen).

Die wichtigsten Zahlen des Budgets 2011:

Ergebnis Laufende Rechnung bisher Aufwandüberschuss	CHF 1'960'500.--
Ergebnis Laufende Rechnung neu Aufwandüberschuss	CHF 2'550'300.--

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung verschlechtert sich dadurch um den Betrag von CHF 589'800.--.

Ergebnis Investitionsrechnung bisher Ausgabenüberschuss	CHF 16'312'100.--
Ergebnis Investitionsrechnung neu Ausgabenüberschuss	CHF 14'678'500.--

Das Ergebnis der Investitionsrechnung ergibt einen geringeren Ausgabenüberschuss von CHF 1'633'600.--.

Ergebnis Spezialfinanzierung bisher Aufwandüberschuss	CHF 23'700.--
Ergebnis Spezialfinanzierung neu Aufwandüberschuss	CHF 153'700.--

Das Ergebnis der Spezialfinanzierung ergibt einen Aufwandüberschuss von CHF 130'000.--.

In den Anträgen wurde von der GPK aus lit. 4 folgende Positionen gestrichen:

Konto 52000.509.007 Kinder- und Jugendbetreuung: Projekt „Schulergänzende Massnahmen“ CHF 213'200.-- und Konto 64100.500.325 Öffentliche Grünanlagen; Belairpark, Sanierung und Umbau, CHF 207'400.--.

Ich danke auch im Namen aller GPK-Mitglieder dem Stadtrat und seinen Mitarbeitern für die Erstellung des Budgets 2011 und für die Beantwortung der zahlreich gestellten Fragen.

SR Peter Neukomm wird Sie jetzt noch mit weiteren Zahlen informieren und über die neuen Erkenntnisse bezüglich Steuereinnahmen, wie schon in meinem Votum angedeutet. “

Peter Neukomm

Stellungnahme des Stadtrats

”Ich werde nicht nur die Zahlen erläutern. Erlauben Sie mir auch eine Beurteilung des Budgets, wie der GPK-Präsident dies soeben in sehr dramatischer Weise gemacht hat. Ich werde es weniger dramatisch machen und Ihnen anhand von Folien die neusten Zahlen aufzeigen.

Zuerst eine Vorbemerkung zur institutionellen Gliederung und zur neuen Darstellung (Hochformat): Der von der Zentralverwaltung betriebene Grossaufwand hat sich für die Budgetierung gelohnt, wir haben nur positive Rückmeldungen erhalten; auch der GPK-Präsident hat dies bestätigt. Die Umstellung hatte leider auch negative Folgen, für die ich mich an dieser Stelle entschuldigen muss. Einzelnen Positionen gingen vergessen oder wurden am falschen Ort budgetiert. Das ist mit ein Grund, weshalb die Änderungsliste der GPK so lang ist. Ich hoffe, dass dies eine einmalige Sache

war.

Im Weiteren finden sich auf der GPK-Zusammenstellung Positionen, die bei der Budgetierung durch den Stadtrat noch nicht spruchreif waren, wie beispielsweise die organisatorische Veränderung im Baureferat oder neue Erkenntnisse über die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung zur Altersbetreuung wie die Altersheimtaxermässigung für Betagte mit Ergänzungsleistungen über CHF 210'000.--, die auch in dieser Liste integriert werden mussten.

Meinen Dank möchte ich dem GPK-Präsidenten für die Darstellung des Budgets und seinen Bericht über die Vorberatungen der GPK aussprechen, aber auch den GPK-Mitgliedern für die Vorberatungen. Ich teile die Einschätzung von Walter Hotz, insbesondere die Dramatik dieser Neuentwicklung, nicht vollumfänglich und werde darauf noch zu sprechen kommen.

Die GPK hat sich eingehend mit dem Budget beschäftigt und ihre Aufgabe ernst genommen. Der SR freut sich, dass die Beratungen sachlich abgelaufen sind, die GPK-Mitglieder Verständnis für schwierige Situationen zeigen und dem Budget grossmehrheitlich zugestimmt haben. Die Streichungsanträge der GPK, die vor allem den Investitionsbereich betreffen, werden vom Stadtrat mitgetragen; es wird heute Abend nur zu einem einzigen GPK-Streichungsantrag aus der Laufenden Rechnung ein Gegenantrag des Stadtrats kommen. Ich danke auch den Stadratsmitgliedern, allen Bereichs- und Abteilungsleitern und natürlich allen Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung, die mitgeholfen haben, dass wir trotz schwierigem Umfeld ein einigermaßen akzeptables Budget für das Jahr 2011 erreichen konnten. Der Budgetprozess war höchst anspruchsvoll, aber auch sehr frustrierend. Unsere Sparanstrengungen, die doch erheblich waren und sichtbare Erfolge zeitigten, wurden durch immer neue, nicht beeinflussbare Faktoren überkompensiert - es bereitet Mühe, wenn man sparen will und dann von aussen immer wieder Kosten auftreten, die teilweise gar nicht vorhersehbar waren, und zwar in solchen Höhen, die nicht mehr zu kompensieren sind. Ich werde auch darauf nochmals zurückkommen.

Zur Gesamtbeurteilung:

Das ursprüngliche Defizit lag gemäss Vorlage des Stadtrats bei CHF 1,96 Millionen, es hat sich in den letzten Wochen aber nochmals verschlechtert; nach der GPK-Beratung lag es bei CHF 2,5 Millionen und angesichts der negativen Prognosen bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen wird es heute leider nochmals um CHF 1,8 Millionen korrigiert werden müssen. Der Stadtrat wird Ihnen in Absprache und mit Unterstützung der GPK beantragen, die Zu- und Aufrechnungen auf Seite 40 des Budgets, Position 3111.400.011, von CHF 6,3 Millionen auf CHF 4,5 Millionen zu reduzieren. Dies geschieht unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips und zugunsten einer möglichst realistischen Budgetierung. Die Gründe liegen in negativen Aufrechnungseffekten, Sie haben dies zum Teil schon von meinem Vorredner gehört. Dazu gehören die Folgen der letzten Steuergesetzrevisionen, die Auswirkungen der Wirtschaftslage auf den Arbeitsmarkt und die Löhne. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung liegt dann bei CHF 4,3 Millionen und damit etwa CHF 0,5 Millionen über dem im Finanzplan prognostizierten Ausgabenüberschuss von CHF 3,8 Millionen. In Relation zum Gesamtaufwand von rund CHF 217 Millionen sind das knapp 2%. Damit liegt unser Defizit in Relation zum Aufwand leicht höher als dasjenige des Kantons.

Weil gewisse Leute offenbar etwas Mühe mit den finanzpolitischen Relationen und Realitäten haben, verweise ich an dieser Stelle wie schon bei der letzten

Budgetdebatte auf das „Glossar der Grundbegriffe der Finanzpolitik von A bis Z“ des Bundes. Gemäss diesem ist ein Haushalt bei der Laufenden Rechnung noch im Gleichgewicht, wenn das Defizit höchstens 2% der Einnahmen beträgt. Wir sind also noch nicht in einem dramatischen Bereich, wie der GPK-Präsident in seinem Bericht ausführte. Die Vorgabe von Art. 7 Finanzhaushaltgesetz (FHG), die mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt verlangt, kann mit diesem Budget knapp eingehalten werden. Es ist aber allen klar, dass wir wieder bessere Ergebnisse erzielen müssen, um das mittelfristige Ziel des Haushaltsgleichgewichts zu erreichen. Ich teile die Meinung von Walter Hotz (FDP) nicht, es geht nicht um eine „dramatische Verschlechterung des Defizits“. Wer den aktuellen Finanzplan kennt, kann nicht so wahnsinnig überrascht sein. Aus dem aktuellen Finanzplan geht hervor, dass 2011 das schwierigste Jahr der Finanzplanperiode 2010 – 13 werden wird. Darauf hat auch die kantonale Finanzdirektorin am 22.11.2010 bei der Präsentation des Voranschlags 2011 im Kantonsrat hingewiesen. Sie meinte, dass dies vor dem Hintergrund des Rückgangs des Bruttoinlandprodukts 2009 nicht erstaune. Dem kann ich mich vollumfänglich anschliessen.

Dass wir unter diesen schwierigen Umständen trotzdem noch ein einigermaßen akzeptables Ergebnis erreichen werden, ist den anspruchsvollen Sparanstrengungen bei der Budgetierung zu verdanken. Wie eine solche Budgetierung in der Regel abläuft, ersehen Sie aus der Antwort auf die Kleine Anfrage Hardmeier, welche heute auf Ihren Pulten liegt. Man hat die Zitrone nochmals ausgepresst, auch wenn es nicht mehr viel auszupressen gab, ohne dass der Leistungskatalog zugunsten der Bevölkerung darunter leiden würde.

Der Personalaufwand ist stabilisiert worden und in diversen Bereichen sogar rückläufig. Grosse Ausnahme bildet die Altersbetreuung, welche eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen hat. Der Sachaufwand ist im Vergleich zum Budget 2010 gesamthaft rückläufig.

Die Investitionen wurden auf ein sehr tiefes Niveau und die Abschreibungen auf das gesetzliche Minimum hinuntergefahren. Im Rahmen der GPK-Beratungen wurden noch CHF 1,3 Millionen Investitionen gestrichen. So wenig wie nächstes Jahr haben wir seit 2006 nicht mehr investiert. Die Zurückhaltung bei den Investitionen entlastet zwar vorübergehend unseren Haushalt, kann aber mittel- und längerfristig zum Problem werden. Einerseits sind aufgeschobene Investitionen Schulden und andererseits stehen grosse Investitionen an. Stichworte dazu sind das Aggloprogramm, die Wohnraumentwicklung, die Schulraumplanung oder die RSE-Projekte. Diese Investitionen sind nötig, um die Attraktivierung der Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu verbessern. Bei diversen Projekten stehen wir auch gegenüber dem Kanton, der zusammen mit uns investieren will, in der Verantwortung.

Während dem die Steuereinnahmen nächstes Jahr leicht rückläufig prognostiziert werden, laufen uns die nicht beeinflussbaren massiven Mehrkosten und Mindereinnahmen im Sozialbereich, insbesondere bei der Altersbetreuung davon. Ein Ende dieser Entwicklung ist leider noch nicht in Sicht: Alleine die Auswirkungen der AVIG-Revision, welche am 01.04.2011 in Kraft tritt, wird der Stadt 2011 mehrere Hundertausend Franken Zusatzausgaben bescheren, die noch nicht budgetiert sind. Zudem hat der Kanton am 07.12.2010 mitgeteilt, dass die Ansätze in der Sozialhilfe im Jahr 2011 um 1,7% erhöht werden. Das macht für die Stadt Mehrausgaben von rund CHF 100'000.--. Auf 2012 plant der Kanton eine Steuergesetzrevision, die auf städtischer Ebene Ausfälle von mehreren Millionen Franken bewirken soll.

Der Finanzierungsfehlbetrag nach den GPK-Beratungen und unter Berücksichtigung des Rückgangs der Steuern liegt bei CHF 12,9 Millionen, was zu einem Anstieg der Verschuldung führen wird. Dass wir trotz des tiefen Investitionsanteils von 10,61% einen unbefriedigenden Selbstfinanzierungsgrad von 34,6% ausweisen müssen, zeigt, dass wir wirklich auf dem Zahnfleisch laufen. Dieses Ergebnis gibt nach Ansicht des SR weder Spielraum für eine Lohnsummenentwicklung noch für Steuerentlastungen. Die unerwartet schlechten Nachrichten der letzten Wochen über die laufenden Steuereingänge der natürlichen Personen haben nicht nur uns, sondern auch den Kanton überrascht. Bei diesen prognostizierten Mindereinnahmen handelt es sich zwar erst um Tendenzen oder einen Trend, weshalb es auch keinen Sinn macht, hier über Zahlen hinter dem Komma zu streiten. Der Stadtrat ist nach wie vor zuversichtlich, dass es nicht gar so schlimm kommen wird, wie befürchtet. Trotzdem nehmen wir diese neue Ausgangslage sehr ernst und verstehen sie auch als Auftrag und Ansporn, 2011 noch zusätzliche Einsparungen zu erzielen, um einen Teil der prognostizierten Ausfälle zu kompensieren. Zudem werden wir im Rahmen der SLA weitere Massnahmen zu prüfen haben, die unseren finanziellen Handlungsspielraum verbessern können. Der Spagat im nächsten Jahr wird also noch anspruchsvoller, weil wir die wertvollen Leistungen, welche die Stadt zugunsten der Bevölkerung erbringt, trotz unsicherer Wirtschaftslage, rückläufigen Steuereinnahmen und absehbar weiter wachsenden Ausgaben bei der Altersbetreuung und im Sozialbereich finanzieren müssen und gleichzeitig wieder mehr in unsere Standortqualitäten investieren sollten.

Zum Leistungskatalog und zu den Aussagen von Walter Hotz: Der Leistungskatalog wird nicht alleine vom SR gemacht, und das wissen Sie ebenfalls, wenn Sie uns sagen, wir sollen diesen auf das Kerngeschäft reduzieren. Der Grosse Stadtrat hat zu diesem Thema ein Wort mitzureden, und tut dies auch gerne. Was Sie bei Ihrer Aufzählung und Ihrem Rückblick auf die vergangenen Jahre weggelassen haben, was aber sehr wohl hätte aufgeführt werden müssen - vielleicht haben Sie es unbewusst weggelassen - sind die CHF 30 Millionen Steuerentlastung, die wir unseren Steuerzahlenden gegeben haben. Auch das ist nicht spurlos an unserem Finanzhaushalt vorbei gegangen. Wenn Sie uns sagen, Belastungen zu senken, ist das gut und recht, wir versuchen dies auch; die Belastungen, die von aussen auf uns zukommen, sind aber nicht beeinflussbar, Sie wissen dies auch selbst. Müssten wir die Fremdverschuldung umgehend abbauen, wissen Sie genau, dass dies nicht dem Finanzplan entspricht, der aufzeigt, dass wir diese herunterfahren wollen, damit die Strategie, die wir gemeinsam mit dem Kanton fahren, auch Früchte tragen kann.

Bevor ich zu einzelnen Zahlen komme, möchte ich noch einen Ausblick auf die Wirtschaftsentwicklung machen, wie das jeweils usanzgemäss vom Finanzreferenten an der Budgetdebatte gemacht wird:

Wirtschaftsaussichten:

Die wirtschaftliche Aktivität in der Schweiz hat in diesem Jahr wieder deutlich zugenommen. Die Weltwirtschaft hat einen rasanten Aufholprozess von Produktion und Handel erlebt, nicht zuletzt dank der in vielen Ländern geschnürten Konjunkturpakete und der Bereitschaft der Firmen, ihre während der Krise abgebauten Lagerbestände wieder aufzustocken. Die Arbeitslosigkeit ist seit der Jahreswende kontinuierlich gesunken. Im November 2010 waren in unserem Kanton 1'030 (Vorjahr 1'450) Ganz- und Teilarbeitslose eingeschrieben. Das sind 41 Versicherte mehr als Ende Oktober 2010. Die Arbeitslosenquote ist in unserem Kanton um 0,1% gestiegen und beträgt 2,6% (Vorjahr 3,7%). In der Schweiz stieg die Arbeitslosenquote ebenfalls um 0,1% auf neu 3,6% (Vorjahr: 4,2%). Die Zahl der

Langzeitarbeitslosen ist auch in Schaffhausen im Steigen begriffen: 248 oder 24,1% (Vorjahr 219 oder 15,1%) der Versicherten waren im November 2010 länger als ein Jahr arbeitslos. Dass die hiesige Konjunktur das hohe Tempo von 2010 auch 2011 halten kann, ist gemäss allen Konjunkturexperten unwahrscheinlich. Zurzeit erleidet die Weltwirtschaft einen Dämpfer - hervorgerufen durch Sparpakete und das Ende eines ausgeprägten Lagerzyklus. Zudem werden die kommenden Monate massgeblich durch die Entwicklung des Schweizer Frankens bestimmt. Dieser ist gegenüber der europäischen Gemeinschaftswährung, dem US-Dollar und dem britischen Pfund unter erheblichen Aufwertungsdruck geraten. Mit einem BIP-Zuwachs von 2,7% hat die Schweizer Wirtschaft in diesem Jahr sowohl diejenige der EU als auch jene der USA übertroffen. 2011 wird das Wirtschaftswachstum dagegen schwächer ausfallen. Wenn sich die Euro-Schuldenkrise nicht ausweitet, rechnet das seco mit 1,5%, das BAK Basel mit 1,7% und die KOF mit 1,8% BIP-Wachstum. Bei der Arbeitslosenquote liegen die Prognosen bei einer Quote von 3,2% bis 3,7%. Eine Zwischenbilanz zur laufenden Lohnrunde zeigt, dass Lohnerhöhungen von bis zu 3% gewährt werden. Die Binnenbranchen haben 2010 auf hohem Niveau expandiert. Das Geld für Lohnerhöhungen ist offenbar vorhanden. Positive Signale sind die Abschlüsse bei den Elektroinstallateuren (3%), Coop (2,8%) und im Holzbau (1,8%). In der Industrie werden die meisten Abschlüsse traditionell erst noch verhandelt, aber auch dort sind Lohnerhöhungen bis 2 bis 3% angezeigt; hier werden die Resultate nächstens publiziert. Bei den Abschlüssen im öffentlichen Sektor liegen 1,5 bis 2,3% mehr Lohn drin. Wie Sie wissen, sind es im Kanton Schaffhausen nur 0,8%. Der Lohnabstand zwischen dem öffentlichen Bereich und dem privaten Sektor verschärft sich damit schweizweit weiter, was wir vor allem bei der Rekrutierung von Fach- und Führungskräften zu spüren bekommen.

Und nun noch zu den aktualisierten Zahlen für das Budget 2011, unter Berücksichtigung der GPK-Anträge und einer Reduktion der Steuereingänge der natürlichen Personen um CHF 1,8 Millionen:

Folienpräsentation:

a) Ergebnis Verwaltungsrechnung:

Aufwand und Ertrag im Vergleich zu Budget 2010 und Rechnung 2009 zeigen, wie es zum Aufwandüberschuss von CHF 4,35 Millionen kommt, der dem Eigenkapital von rund CHF 16 Millionen entnommen werden muss. Der Gesamtaufwand steigt um knapp CHF 3 Millionen. Ohne erhebliche Sparanstrengungen des SR und der Verwaltung wäre dieser Betrag wesentlich höher. Der Ertrag bleibt praktisch gleich hoch wie im Budget 2010; bei den Steuereinnahmen ist mit einem geringen Steuereinbruch zu rechnen. Die Bruttoinvestitionen liegen CHF 11,9 Millionen unter dem Budget des Vorjahres auf einem sehr tiefen Level.

b) Saldo Laufende Rechnung im Vergleich 2002-2011, bereits aktualisiert:

Zahlen 2006-2008: Neben der boomenden Wirtschaftsentwicklung konnten wir von externen einmaligen Ereignissen wie den Goldmillionen oder dem Kantonalbank-Jubiläum profitieren.

c) Zinsbelastung:

Die Zinsaufwendungen sollten gegenüber dem Budget 2010 um rund CHF 325'000.-- auf CHF 4,987 Millionen sinken. Das zeigt zusammen mit der Zinsbelastungsquote von nur 0.11% und der Tatsache, dass die Erträge aus dem Finanzvermögen den Zinsaufwand nahezu kompensieren, dass

- die Verschuldung noch moderat ist und keineswegs von einer dramatischen

Verschuldung die Rede sein kann,

- die Stadt ein erfolgreiches Finanzmanagement betreibt und
- wir auch von tiefen Marktzinsen profitieren.

d) Total Einnahmen (CHF 213,3 Millionen):

Das Kuchendiagramm zeigt, dass die Einnahmen praktisch stabil und in der gleichen Grössenordnung wie im Budget 2010 verbleiben sollten.

e) Entwicklung der Steuern (– CHF 1,195 Millionen):

Das gilt insbesondere für die Steuern über insgesamt CHF 114 Millionen (2010: 115,2):

- natürliche Personen: CHF 92,1 Millionen (– 1 Million), Nachwirkung der Steuerentlastungen von CHF 30 Millionen seit 2001 und Ausgleich kalte Progression
- juristische Personen CHF 20,4 Millionen (2010: 19 Millionen): leichte Steigerung um 1,4 Millionen
- Quellensteuer von CHF 6,9 Millionen (2010: 6,0): leichte Steigerung um CHF 0,9 Millionen

Im Gegensatz zum Kanton (CHF 5 Millionen): 2011 keine Auflösung Delkredere mehr.

Wesentliche Abweichungen Ertrag 2: Entgelte (+ CHF 580'000.--):

- Heimtaxen und Kostgelder, unter anderem dank Vollbetrieb Künzle-Heim und Taxerhöhung + CHF 2 Millionen
- Rückerstattungen brechen stark ein (– CHF 1.5 Millionen), vor allem im Sozialbereich: Hälfte bei Existenzsicherung (CHF 608'500.--) und Alimentenbevorschussung (CHF 100'000.--)
- Bussen leicht rückläufig (– CHF 100'000.--)

Wesentliche Abweichungen Ertrag 3: Beiträge (+ CHF 1,6 Millionen):

- Kanton (+ 1,5 Millionen): vor allem aus Altersbetreuungs- und Pflegegesetz
- Gemeinden (+ 0,3 Millionen): Existenzsicherung - CHF 93'000.--, Kostenanteil SPITEX Region + CHF 395'000.--
- Eigene Anstalten (– CHF 0,2 Millionen): Abgeltung Städtische Werke, Reduktion von CHF 640'000.-- auf CHF 427'000.--

f) Entwicklung Steuern 1 seit 2002:

Steuereingänge, aufgeschlüsselt nach natürliche und juristische Personen; bei juristischen Personen noch nicht auf Niveau vor 2008

g) Entwicklung Steuern 2 seit 2002:

Gesamteinnahmen aus Steuern auf Stand vor 2006

h) Entwicklung Steuerfuss seit 2002:

Dieser liegt mit 98 Punkten unter kantonalem Mittel von über 101, was für unsere Stadt mit ihren wertvollen, aber finanziell anspruchsvollen Zentrumsfunktionen gut ist. Bei Steuervergleichen mit ausserkantonalen Gemeinden ist nicht der Gemeindesteuerfuss das Problem. Der SR beantragt Ihnen, den Steuerfuss bei 98 Punkten zu belassen.

i) Total Ausgaben (CHF 217,7 Millionen):

Das Kuchendiagramm zeigt die relativ stabile Aufteilung des Aufwands.

Personalaufwand (+ CHF 1,68 Millionen):

Die Aufstellung in der Botschaft zeigt die systembedingten Veränderungen und die restlichen vom SR beeinflussten Änderungen. Trotz erreichten markanten Einsparungen von CHF 2,1 Millionen bei diversen Bereichen und Abteilungen sowie Minderauslagen für die Lehrer (netto: CHF 200'000.--) steigt der Personalaufwand insgesamt um CHF 1,68 Millionen auf 98,45 Millionen an. Das ist nur 1,7% und somit rund halb so viel wie beim Kanton, der eine Steigerung der Personalausgaben von 3,2% zu verzeichnen hat. Hauptfaktoren, die zu einer Personalaufwanderhöhung geführt haben:

- Aufnahme Vollbetrieb des sanierten Künzle-Heims
- Integration der Spitex, das heisst Umschichtung von Beiträgen zu Löhnen
- erhöhter Pflegeaufwand in den Altersheimen (höhere BESA-Stufen)
- Entschädigung Heimärzte neu als Löhne (statt Dienstleistungen Dritter)

Bei der Lohnentwicklung ist aufgrund der schwierigen Ausgangslage eine Nullrunde vorgesehen. Es ist dem SR bewusst, dass das Personal angesichts der Vorgabe des Regierungsrats von 0,8% nicht zufrieden sein wird. Der Kanton hat aber eine andere Ausgangslage, weil er von Eigenkapital von über CHF 200 Millionen zehren kann (Stadt: CHF 16 Millionen). Es soll als Kompromissvorschlag ein Betrag von CHF 200'000.-- als einmalige leistungsbezogene Zulage für gute und sehr gute Leistungen ins Budget gestellt werden. Die GPK steht mehrheitlich hinter diesem Antrag.

Sachaufwand (- CHF 0,32 Millionen):

Der Sachaufwand sinkt um CHF 318'200.-- auf 32,42 Millionen. Beim Kanton steigt der Sachaufwand im Budget 2011 um 5,5 %. (Übriger Unterhalt: Die Sachgruppe 315 heisst "Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt", die Sachgruppe 319 heisst "übriger Sachaufwand". In der Botschaft wird das einzeln gezeigt, hier zusammen. Beim Sachaufwand ist eine Reduktion von rund CHF 460'000.-- Stadtgärtnerei und Friedhof eine buchhalterische Massnahme und keine echte Einsparung.)

Zinsen und Abschreibungen (- CHF 1.36 Millionen):

- Passivzinsaufwand noch einmal um CHF 325'000.-- reduziert
- Abschreibungen CHF 1 Million tiefer als 2010 und auf gesetzlich absolutem Minimum

Eigene Beiträge (+ CHF 2.2 Millionen):

- Gemeindeanteil Krankenkassen-Prämienverbilligung einzustellen gemäss Kanton + CHF 0,8 Millionen (Total: CHF 7,4 Millionen)
- Spitex-Vereine und Pflegevereine: + CHF 0,9 Millionen (Total: 3,3)
- Pflegefälle in privaten Altersheimen: + CHF 1 Mio. (Total: 1,41)
- Altersheimtaxermässigung: + CHF 0,2 Millionen (gemäss neuer Gesetzgebung)
- Energieförderbeiträge: + CHF 0,3 Millionen (bereits zugesagte Beiträge)

j) Aufwand Total nach funktionaler Gliederung (brutto):

Die Zahlen beruhen auf der stadträtlichen Vorlage; da die neu prognostizierten Steuern die Haupttreiber für die Veränderungen sind, werden sich aber hier keine wesentlichen Veränderungen ergeben. Es zeigt sich, wo die grossen Kostensteigerungen wirklich liegen. Es ist vor allem ein Bereich, der massiv teurer wird, und das ist die Soziale Wohlfahrt, darin enthalten natürlich die Altersbetreuung; die Gesundheit wird auch leicht teurer. Alle anderen Bereiche wie Allgemeine Verwaltung, Volkswirtschaft, Umwelt und Raumordnung oder öffentliche Sicherheit werden nicht oder kaum teurer als dieses Jahr. Verkehr, Bildung, Finanzen und

Steuern sowie Kultur und Freizeit werden 2011 sogar günstiger. Von 78 relevanten Finanzstellen im Budget sind 45 besser wie im Budget 2010. Das zeigt, dass man bei einer differenzierten Betrachtungsweise nicht einfach davon reden kann, die Stadt habe ihre Kosten nicht im Griff. Die *beeinflussbaren* Kosten haben wir weitgehend gut im Griff. Was uns Bauchweh bereitet, sind die exogenen Faktoren.

k) Ergebnis Investitionsrechnung:

Durch die Streichung von CHF 1,3 Millionen Investitionen in der GPK liegen die Bruttoinvestitionen nun bei CHF 23 Millionen. Der Ausgabenüberschuss der Investitionsrechnung verbesserte sich von CHF 16,3 Millionen auf 14,6 Millionen Ausgabenüberschuss.

Grössere Investitionen (in Millionen)

- Künzle-Heim: 4,16
- Schulanlagen: 1,69 (2,59 vor GPK, separate Vorlage folgt)
- Strassen: 2,57
- Kanalisation: 2,41
- Sanierung Bühl-Plätze: 1,90
- Museum: 1 (1,16 vor GPK)
- Durach Hochwasserschutz: 1,05
- Aggloprogramm: 1,01
- Informatik in Primarschulen: 0,60
- baulicher Unterhalt Alter Emmersberg: 0,50 (separate Vorlage folgt)

l) Vergleich Investitionsrechnung seit 2002:

Diese sind klar tiefer als im Jahr 2010 (im Investitionsprogramm sind CHF 44,478 Millionen Bruttoausgaben und CHF 22,86 Mio. Einnahmen eingestellt.); seit 2006 nie mehr so wenig investiert.

m) Finanzierung:

Zustandekommen des Finanzierungsfehlbetrags von CHF 12,9 (12.0) Millionen und des zu tiefen Selbstfinanzierungsgrades von 34,59% (43,39%), Vergleich Kanton: 19%.

Fazit:

Wir werden 2011 finanziell ein schwieriges Jahr haben. Der SR wird sich zusammen mit der Verwaltung darum bemühen, dass das Ergebnis weniger negativ ausfallen wird, als heute aufgrund der neuen Steuerprognosen befürchtet wird. Geben Sie uns die Chance und sagen Sie Ja zum Budget und den Anträgen des SR, der ausser einem auch alle Anträge der GPK unterstützen wird.

Bei den Anträgen am Schluss wird es noch eine formelle Korrektur geben: In Ziff. 4 müssen bei den einmaligen Ausgaben der Investitionsrechnung die CHF 360'000.-- für die Anschaffung von zwei Feuerwehrfahrzeugen gestrichen werden, weil sie nicht dem fakultativen Referendum unterstehen. Es handelt sich bei beiden Fahrzeugen um reine Ersatzbeschaffungen, um das Atemschutzfahrzeug für rund CHF 200'000.-- und den Mannschaftstransporter Hemmental für rund CHF 160'000.--. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

”Gleich vorweg, die FDP-Fraktion wird auf den Voranschlag 2011 der Stadt Schaffhausen eintreten, obwohl wir ihn nicht als den grossen Wurf zum haushälterischen Umgang mit den Stadtfinanzen betrachten können. Nachdem die

Schaffhauser Stimmbevölkerung die Steuersenkungsinitiative der Jungfreisinnigen mit 55% zu 45% nicht sehr deutlich ablehnte, hätten wir heute etwas anderes erwartet, denn, wie gesagt, 45% der Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser, das ist beinahe die Hälfte, wollten eine markante Senkung des Steuerfusses. Dass der Voranschlag diesbezüglich kein grosser Wurf ist, zeigt uns bei Blick in die Investitionsrechnung. Ich komme bei der Betrachtung dieses Kapitels in Kürze darauf zurück.

Was aus unserer Sicht positiv zu werten ist, ist die Systematisierte Leistungsanalyse SLA mit dem Massnahmenpaket I des Stadtrats und die erstellte Prognose für den Rechnungsabschluss 2010, wobei wir beim Thema SLA noch gespannt die Resultate der vorberatenden Kommission abwarten müssen.

Aber wie erwähnt, den haushälterischen Umgang mit den Stadtfinanzen vermissen wir. Das wird ganz deutlich bei der Investitionsrechnung. Das, was man uns dort bei den Restaurantsanierungen Alter Emmersberg und Theaterrestaurant unter dem Titel "Gebundene Ausgaben" verkaufen will oder wollte, kann man beim besten Willen nicht unterstützen. Es hat da bereits gewisse Rückzüge gegeben. Das Gleiche gilt eigentlich auch für die Schulhaussanierungen im Zentrum der Stadt Schaffhausen. Auch da gibt es Streichungsanträge der GPK. Wenn die dortigen, einst vom Stadtrat gelieferten Zahlen den Geist der Budgetierung repräsentieren, dann stimmt etwas nicht, und man kann mit etwas gutem Willen im Verlauf des nächsten Jahres in der Laufenden Rechnung verschiedene Ausgaben reduzieren.

Somit komme ich zum Thema Steuerfuss. Wenn man bedenkt, dass die Rechnung meistens - oder immer - besser abschliesst als der Voranschlag, dann lag bei einem einst geplanten Aufwandüberschuss von CHF 1,96 Millionen - und dem, was uns von der GPK vorher noch präsentiert wurde, es geht um einen Fehlbetrag von 1,5% - eine Steuerfussreduktion von 2 Punkten drin. Damit ermuntern wir den Stadtrat und den Grossen Stadtrat zum sparsamen Umgang mit den ihnen und uns anvertrauten Steuergeldern. Steuerfussreduktionen liegen im Trend der umliegenden Gemeinden, und es ist klares Ziel der FDP im Steuerwettbewerb mit den umliegenden Gemeinden nicht abzufallen.

Die Zahlen wurden abermals kurzfristig geändert und der Voranschlag nochmals verschlechtert. Bei derartigen und kurzfristigen Änderungen nützt es natürlich nichts, wenn man während zwei Fraktionssitzungen die Sache studiert, rechnet und Anträge plant. Aber es zeigt auch, dass das, was sprunghaft nach oben geht, während des Jahres wieder sinken kann.

Wir von der FDP werden also auf den Voranschlag 2011 eintreten, uns zu verschiedenen Positionen noch melden und bei den Anträgen eine Steuerfussreduktion von zwei Punkten beantragen; es muss hier gelten, was auch in jedem Haushalt gilt: Man muss die Ausgaben den Einnahmen anpassen und nicht umgekehrt. Dies zum Wohle der städtischen Bevölkerung oder der städtischen Steuerzahler. "

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

Der GPK-Präsident hat Ihnen die Beratung des Voranschlages der Stadt Schaffhausen für das Jahr 2011 in der GPK, angereichert mit ganz persönlichen Ansichten, ausführlich geschildert und die beantragten Änderungen haben Sie schriftlich erhalten. SR Peter Neukomm hat die Zahlen erläutert, so kann ich mich

kürzer fassen.

Im Namen der OeBS/CVP/EVP-Fraktion möchte ich mich zuerst ganz herzlich beim Stadtrat und seinen Mitarbeitern, die die Fragen der GPK ausführlich und bis ins Detail beantwortet haben, bedanken. Sie haben wesentlich zu einer effektiven, wenn auch zeitlich doch etwas überbordenden Beratung beigetragen. Ein ganz besonderer Dank gebührt in diesem Zusammenhang unserer Protokollschreiberin Gaby Behring, die immer geduldig zugehört und aufgeschrieben hat, was alles gesagt wurde.

Wie im Finanzplan vorhergesehen, sind die guten Jahre für die Stadt vorbei, und der Voranschlag schliesst deshalb auch mit einem deutlichen Minus ab. Dem Stadtrat muss aber attestiert werden, dass er in den Bereichen, in denen er Spielraum hat, versucht, die Ausgaben zu stabilisieren und mit der Projekt SLA auch zu reduzieren. Leider sind aber die grossen Ausreisser im Voranschlag Ausgabenbereiche, die nicht von der Stadt bestimmt und kontrolliert werden können. Umso wichtiger ist es den vom Stadtrat eingeschlagen Weg der Zusammenarbeit mit dem Kanton oder anderen Gemeinden zu unterstützen und konsequent weiterzuverfolgen.

Die wenigen Korrekturen, die nicht auf Anträge des Stadtrates zurückzuführen sind und die die GPK getätigt hat, tragen nur wenig zur Änderung des Resultats bei, mit Ausnahme der Steuereinnahmen. Der Einbruch der Steuern fällt massiver aus, als zuerst angenommen; das ist sehr unerfreulich, aber eben nicht zu ändern. Ohne dass wir in der Stadt neues Steuersubstrat durch Zuzug von natürlichen Personen und Firmen erzeugen, sieht die Zukunft eher düster aus. Es kann nämlich auch nicht sein, dass das städtische Personal durch Lohnbeschränkungen die Investitionen der Stadt für die ganze Region finanziert. Unsere Fraktion ist in der Frage der Lohnsummenentwicklung für das städtische Personal deshalb gespalten. Einerseits ist bei diesem Voranschlag eine nachhaltige Lohnerhöhung kaum zu begründen, andererseits wurden mit der neuen Personalverordnung dem Personal Versprechungen gemacht, die nun nicht eingehalten werden können.

Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion wird auf den Voranschlag 2011 eintreten und den Anträgen voraussichtlich auch mindestens mehrheitlich zustimmen. Wir behalten uns aber vor, noch Fragen zu stellen und unsere Entscheidungen von den Beratungen abhängig zu machen.

Und dass es klar ist: Weder eine Steuerfusserhöhung und schon gar nicht eine Steuerfussenkung wird von uns akzeptiert werden. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Ich darf Ihnen im Namen der SVP/JSVP/EDU-Fraktion die Fraktionserklärung zum Voranschlag 2011 der Stadt Schaffhausen bekannt geben. Da der GPK-Präsident das Budget in seiner korrigierten Fassung bereits ausführlich vorgestellt hat, will ich mich auf einige, der SVP/JSVP/EDU-Fraktion wesentliche Punkte beschränken.

Unsere Fraktion wird auf das vorliegende Budget eintreten. Hingegen ist die Mehrheit unserer Fraktion nicht bereit, diesem tiefroten Voranschlag den Segen zu geben, so dass wir mehrheitlich nicht zustimmen werden. Die restlichen Mitglieder werden sich der Stimme enthalten, sofern im Verlauf der Debatte nicht noch massive Veränderungen im negativen Sinne beschlossen werden. In diesem Fall würde die Fraktion einstimmig das Budget ablehnen.

Die Fraktion vertritt die Meinung, dass es dem Stadtrat nicht gelungen ist, die Zeichen der Zeit zu erkennen und ein Budget vorzulegen, das dem schwierigen finanzpolitischen Umfeld Rechnung trägt. Jetzt holen uns die Sünden der Vergangenheit ein; die Stadt hat es verpasst, in wirtschaftlich guten Zeiten die Weichen richtig zu stellen, übermässigen Ballast abzuwerfen, Reserven für schwierige Zeiten wie jetzt anzulegen und ihre Strukturen grundsätzlich zu überdenken. Der Wind hat sich bei den Steuereinnahmen gedreht und die Mehrausgaben können nicht mehr einfach durch vermehrte Steuereinnahmen kompensiert werden. Die Vorlage Systematisierte Leistungsanalyse, die jetzt in der Kommission beraten wird, ist ein richtiger und guter Ansatz. Doch leider kommt sie zu spät und geht unserer Fraktion teilweise auch zu wenig weit. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, soll Gorbatschow 1989 in Berlin gesagt haben. Das ist nun bei uns auch eingetroffen.

Es wurde heute schon mehrmals erwähnt, dass sich das in der Botschaft ursprünglich präsentierte Defizit von CHF 1,96 Mio. mittlerweile auf CHF 4,35 Mio. ausgeweitet hat. Damit liegt man bereits eine halbe Million über dem Finanzplan 2010 - 2013, womit sich die in der Botschaft vom Stadtrat gemachte Aussage, das Budget würde CHF 1,9 Mio. besser abschliessen als im Finanzplan prognostiziert, in Luft aufgelöst hat. Ich werde im Folgenden noch speziell auf dieses Thema eingehen, hat sich doch die GPK intensiv damit beschäftigt.

Angesichts dieser tiefroten Zahlen steht unsere Fraktion hinter dem Vorschlag des Stadtrates, dem Personal für 2011 keine allgemeine Lohnerhöhung zu gewähren, sondern gute bis sehr gute Leistungen individuell zu honorieren und dafür einen Betrag von CHF 200'000.-- inklusive Sozialkosten bereit zu stellen. Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion würde es als unverantwortlich erachten, wenn das Budget mit einer generellen Lohnerhöhung um 0,8% nochmals um CHF 400'000.-- ins Negative absacken würde. Anders als der Kanton, der in wirtschaftlich guten Zeiten seine Hausaufgaben gemacht hat und mit einem satten Eigenkapital komfortabel da steht, hat die Stadt keine finanziellen Ressourcen. Die Kasse der Stadt lässt eine generelle Lohnerhöhung "à la mode du canton" leider nicht zu. Aus denselben Gründen findet es unsere Fraktion auch nicht opportun, dass bei den Rentnern eine Lohnerhöhung stattfindet. Wir unterstützen deshalb auch hier den Stadtrat, der keine Erhöhung der Renten vorsieht. Die Plafonierung der Löhne ist im Übrigen schon am 24. November 2009 im Rahmen des Finanzplans 2010-2013 angekündigt worden.

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die Verantwortung für dieses miserable Budget nicht ganz alleine dem Stadtrat in die Schuhe geschoben werden darf. Das Parlament trägt eine gewisse Mitschuld, indem frisch fröhlich neue oder erweiterte Aufgaben, insbesondere im Bereich der Bildung und der Sozialen Wohlfahrt beschlossen werden, ohne dass irgendwelche Überlegungen gemacht werden, wie man das finanzieren kann. Glücklicherweise hat das Volk den Entscheid des Parlaments zur Einführung von geleiteten Schulden korrigiert, andernfalls sähe der Voranschlag nochmals um eine Million schlechter aus. Aber auch hier steht der Stadtrat in der Verantwortung: Bei inskünftig neuen oder erweiterten Aufgaben, die vom Stadtrat mittels Vorlagen ins Parlament kommen, muss klipp und klar ausgewiesen werden, wie man diese zu finanzieren gedenkt. Dazu gehört aber auch, dass man endlich bei den Immobilien Nägel mit Köpfen macht und entbehrliche Liegenschaften veräussert. Das Lippenbekenntnis des Stadtrates kennen wir ja alle zur Genüge, wenn wir aber zur Sache kommen, dann wehrt sich der Stadtrat mit Händen und Füßen, wie wir es bei der Vorlage Wasserquelle ja selber im Rat erfahren haben, indem für die Auflage, Wohnungen ab dem 2. Obergeschoss

einzubauen, sinnlos mindestens CHF 200'000.-- verschenkt wurden.

Steuern sind ja bekanntlich das Spezialthema einzelner Mitglieder unserer Fraktion. Der Stadtrat geht in der Budgetvorlage vom 28. September 2010 auf Seite 40 von einem Steuereingang bei den natürlichen Personen von CHF 76,8 Mio. und bei den Zu- und Abrechnungen von einem Betrag von CHF 6,3 Mio. aus (Natürliche Personen, Konto 3111.400.011). Bereits in der 1. Lesung des Budget 2011 vom 18. November 2010 hat die SVP die Frage aufgeworfen, ob der budgetierte Betrag von CHF 6,3 Mio. bei den Zu- und Abrechnungen bezogen auf die Prognose für 2010 in Höhe von CHF 3 Mio. nicht zu optimistisch sei. Dies wurde vom Stadtrat mehrmals, zuletzt an der Elefantenrunde, verneint. In der Folge liess die SVP nicht locker und forderte eine Überprüfung respektive einen aktualisierten Nachweis des laufenden Steuereingangs. Dieser wurde der GPK von der Verwaltung erst am Folgetag der Elefantenrunde zur Verfügung gestellt. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass der diesjährige Gesamteingang, insbesondere bei den natürlichen Personen, um rund 6,5% unter dem Budget 2010 liegt. Die daraufhin erfolgten Gespräche zwischen den Verantwortlichen der Kantonalen und der Städtischen Steuerverwaltung ergaben, dass die Steuereinnahmen im 2010 bei den natürlichen Personen auch beim Kanton unter dem Budget liegen. Bei der Stadt beträgt der aktuelle Eingang per Ende November CHF 77,8 Mio., womit er um rund CHF 3,7 Mio. unter demjenigen der Rechnung 2009 und CHF 5,5 Mio. unter dem Budget 2010 liegt.

Würde dieser aktuelle Steuereingang als Budgetbasis herangezogen und die Erhöhung mit 2% veranschlagt (diese Erhöhung hat der Kanton den Gemeinden für die Budgetierung 2011 empfohlen), ergäbe sich ein budgetierter Eingang von rund CHF 79,5 Mio. gegenüber dem vom Stadtrat für 2011 festgelegten Wert von CHF 83,1 Mio. Die Differenz wäre somit CHF 3,6 Mio. Der Stadtrat stellte sich deshalb, gestützt auf die vorgenannten Gespräche, zunächst auf den Standpunkt, dass eine Reduktion des Budgets um CHF 1 Mio. genügend sei.

Am letzten Donnerstag traf sich die GPK zu einer erneuten Erörterung dieser Problematik. Es gelang, aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Steuererträge aufzuzeigen, dass eine Reduktion der Position Zu- und Abrechnungen nicht nur um CHF 1 Mio., sondern um CHF 1,8 Mio. unabdingbar sei, um so besser dem Vorsichtsprinzip Genüge zu tun. Unser Finanzspezialist in der GPK konnte anhand der neuesten Zahlen darlegen, dass die Abwärtstendenz der Steuereinnahmen erst in den letzten Monaten klar erkennbar wurde. Die Wirtschaftskrise hat in Bezug auf die Steuereinnahmen verzögert ihre Spuren hinterlassen, was sich in sinkenden Durchschnittseinkommen im 2009 (tiefere Löhne) ausdrückt. Auf diese Verzögerung haben die SVP-Vertreter mehrmals anlässlich früherer Diskussionen hier im Rat hingewiesen. Ein weiterer Faktor sind auch die diversen Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre. Der Steuereingang bei den natürlichen Personen dürfte sich im 2010 bei rund CHF 78 Mio. (mit Zu- und Abrechnungen) bewegen. Die Aufrechnungen werden auch im kommenden Jahr nicht auf dem Niveau der Vorjahre erfolgen, dies aufgrund fehlender Lohnerhöhungen und dem Ausgleich der kalten Progression, der sich nächstes Jahr rückwirkend durch höhere Sozialabzüge (zum Beispiel Kinderabzug) auswirkt, und zu Abrechnungen im Konto Zu- und Abrechnungen führt. Aber auch eine weiterhin tiefe Teuerung und höhere Liegenschaftsunterhaltskosten wegen der Förderprogramme werden dazu beitragen, dass die Eingänge auf dem erwähnten Konto viel bescheidener ausfallen werden als in früheren Jahren. Würde mit der vom Kanton vorgeschlagenen Erhöhung von 2% auf diesem aktuellen Eingang für das Budget 2011 gerechnet, ergäbe sich eine Summe von CHF 79,4 Mio., welche damit immer noch rund CHF 3,7 Mio. unter dem budgetierten Betrag

liegt. Um all den Unwägbarkeiten Rechnung zu tragen, ist eine Kürzung der Aufrechnungen um die Hälfte dieser CHF 3,7 Mio., das heisst CHF 1,8 Mio. realistisch. Diese Empfehlung gab die GPK dem Stadtrat einstimmig ab. Der Stadtrat hat diesen Bedenken nun Rechnung getragen und das Budget entsprechend angepasst und damit das Ergebnis auf CHF 4,35 Mio. verschlechtert.

Noch ein Wort zum Steuerfuss: Der Stadtrat schlägt Ihnen vor, diesen bei 98% zu belassen. Der Finanzplan 2010 bis 2013 sieht für 2011: 98%, für 2012: 98% sowie für 2013 98% vor. Eine Steuererhöhung im jetzigen Moment wäre ein absolut falsches Signal und würde die Bestrebungen, neue Bewohnerinnen und Bewohner in die Stadt anzuziehen, zunichte machen und die Abwanderung fördern. Unsere Fraktion kann auch keine grossen Sympathien für eine Steuerfussreduktion hegen. Dies aus dem einfachen Grund, dass wir die für nächstes Jahr angekündigte Steuergesetzrevision auf kantonaler Ebene nicht gefährden wollen. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass im Kanton endlich die im Vergleich zu den Nachbarkantonen übermässig hohen Vermögenssteuern gesenkt und dass mittlere Einkommen entlastet werden. Davon profitieren letztlich alle, denn wenn es uns dadurch gelingt, dass finanzkräftige Steuerzahler Wohnsitz in der Stadt nehmen, werden die Steuereinnahmen auch wieder zunehmen. Dass dies für uns vital ist, brauche ich Ihnen anhand des tiefroten Budgets nicht zu erklären.

Noch ein paar Bemerkungen zur Investitionsrechnung: Unsere Fraktion begrüsst es, dass die Position 62311, Schulanlagen, 503.320 PS Emmersberg, Schulraum Zentrum gestrichen wird sowie die Position OS Gega/Bach, Schulraum Zentrum, Sanierungsarbeiten um Fr. 300'000.- auf Fr. 50'000.- gekürzt werden. Wir sind klar der Meinung, dass es nicht angeht, dass ein Projekt, das doch Kosten von rund einer Million verursacht, einfach so über das Budget husch-husch durchgewinkt werden soll. Es reicht nicht aus, dass dafür zwei A4-Seiten der GPK nachgereicht werden. Vielmehr bedarf es einer seriösen Planung, was am besten mittels einer separaten Vorlage, wie es seinerzeit in der Vorlage Schulraumplanung auch stipuliert wurde, geschieht. Diese Vorlage sollte idealerweise von der Fachkommission Bau behandelt werden, in der ja die Spezialisten dafür sitzen. Ein besonderes Augenmerk wird bei der Entflechtung der Primar- und Orientierungsstufe auf die Abgrenzung gebundene/nicht gebundene Ausgaben zu legen sein. Denn weder das jetzige Schulgesetz, noch die Absichtserklärung in der Schulraumplanungsvorlage bieten eine genügende Grundlage, um solche Kosten als gebunden zu qualifizieren. Zudem bestehen grosse Wahlmöglichkeiten, was nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ein zusätzliches Indiz für nicht gebundene Ausgaben darstellt.

Enttäuscht ist die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion**, dass beim Schulhaus Breite nicht endlich vorwärts gemacht wird. Das wäre viel dringlicher gewesen als die Entflechtung Primar/Orientierungsstufe. Der Rat hat im Januar mit der Kreditvergabe ein deutliches Signal gesetzt, dass der Neubau Breite absolut prioritär ist. Deshalb können wir es nicht verstehen, dass im Bau- und Schulreferat die vorhandene Arbeitskapazität für Projekte eingesetzt wird, bei denen Zuwarten keinen weiteren Schaden bringt. Dies ist aber beim Breiteschulhaus gerade nicht der Fall. Diesen Schulkindern wird unter inakzeptablen Konditionen musikalische Früherziehung erteilt: Im Sommer wie im Winter leiden sie unter den extremen Temperaturen im Container. Es ist deshalb höchste Eisenbahn, dass hier Abhilfe geschaffen wird.

Wie bereits erwähnt, ist unsere Fraktion alles andere als zufrieden mit diesem Budget. Der Stadtrat wird inskünftig nicht darum herumkommen, sich nochmals ernsthaft die Frage zu stellen, ob alles, was hier drin ist, auch wirklich nötig ist. In

schlechten Zeiten muss nicht immer alles im Seidengewand daher kommen, ab und zu reichen auch "tannige Hosen" und von mir aus auch noch "hagebüechig Strümpf".

Wir sind uns bewusst, dass zahlreiche Kosten respektive Aufgaben durch kantonale oder eidgenössische Vorgaben bestimmt und damit gebunden sind. Dennoch gibt es verschiedene Ansätze, diese Aufgaben zu erledigen. Darüber lässt sich diskutieren, und wir sind überzeugt, dass hier noch Sparpotential vorhanden ist. Unsere Fraktion hat einige Vorschläge anlässlich des Postulats von Walter Hotz „Outsourcing von Dienstleistungen“ eingebracht; man hat uns von stadträtlicher Seite auf die SLA vertröstet und dort erwarten wir, dass endlich alte Zöpfe abgeschnitten werden und Tabus fallen.

In diesem Sinne wird die SVP/JSVP/EDU-Fraktion - wie zu Beginn erwähnt - auf das Budget zwar eintreten, ihm aber in der vorliegenden Fassung - voraussichtlich grossmehrheitlich – nicht zustimmen. Wir unterstützen ausdrücklich die von der GPK vorgenommenen Einsparungen. Allerdings behalten wir uns vor, zu weiteren Punkten des Budgets noch Fragen und allenfalls auch Anträge zu stellen.

Abschliessend möchte ich es nicht unterlassen, dem Stadtrat, dem Finanzreferenten und der Verwaltung für ihre Arbeit zu danken. Insbesondere erwähnen möchte ich Silke Zimmerling, Thomas Jaquet, Alfred Stamm sowie Gianni Dalla Vecchia, welche der GPK bei ihrer Tätigkeit eine grosse Unterstützung waren. “

Christa Flückiger (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Die SP/AL Fraktion hat sich ausführlich mit dem Budget 2011 auseinander gesetzt und engagierte Diskussionen zu den verschiedenen Positionen geführt.

Ich kann vorweg bekannt geben, dass wir auf das Budget eintreten und diesem je nach Ausgang der heutigen Beratungen auch zustimmen werden. Die Erstellung dieses Budgets war sicherlich keine leichte Aufgabe, der Druck, sehr sparsam mit den finanziellen Ressourcen umzugehen, hat wohl alle Beteiligten vor eine grosse Herausforderung gestellt. Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle dem Finanzreferenten und seiner Crew, einschliesslich der Bereichsleiter, ein Kompliment auszusprechen und für die grosse Arbeit zu danken. Es mussten schwerwiegende und teilweise unerfreuliche Entscheide und Einsparungen getroffen werden, damit das Budget überhaupt in diesem Rahmen zu Stande kommen konnte.

Dennoch liegt es auf der Hand, dass sich die SP/AL-Fraktion nicht mit allen Kürzungen und Streichungen einverstanden erklären kann, insbesondere werden wir bei verschiedenen GPK-Anträgen den ursprünglichen Antrag des Stadtrates verteidigen. Wir werden dazu in der Detailberatung sicherlich noch da und dort das Wort ergreifen. Die Stadt muss die Möglichkeit haben, sich trotz der schwierigen finanziellen Lage weiter entwickeln zu können. Ein Bremsmechanismus scheint unserer Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt nicht das richtige Instrument. Es ist nicht die Zeit, Panik auszulösen und die Stadt in ihrer Entwicklung zu stören. Wenn wir Erfolg möchten, müssen wir weiter die Gelegenheit haben zu reagieren und zu agieren. Es gilt vor allem die vorhandenen Stärken unserer Stadt im kulturellen und sozialen Bereich wie auch unsern guten öffentlichen Verkehr beizubehalten. Weiter ist ein Ausbau dort, wo eklatante Lücken bestehen – wie zum Beispiel bei der ausserschulischen Kinderbetreuung – notwendig. Dies sind Dinge, die Neuzuzüger in die Stadt ziehen, und zwar ohne – wie in den Steuerparadiesen – zugleich die einheimische Bevölkerung zu vertreiben. Dies alles kostet zwar zurzeit noch Geld,

aber alles andere würde eine Abwärtsspirale einleiten. Darum werden wir uns gegen unverhältnismässige Sparmassnahmen wehren.

Auch liegt es in unserem Interesse den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Stadt ein motivierendes Umfeld zu gewähren. Sie ahnen es sicher, ich spreche von der vom Stadtrat empfohlenen Null-Lohnrunde für die städtischen Angestellten. Natürlich nehmen auch wir mit Sorge die derzeitige angespannte finanzielle Lage zur Kenntnis, und dennoch sind wir grossmehrheitlich der Meinung, dass bei den Löhnen nicht gespart werden soll, da einerseits bereits jetzt die Rekrutierung von ausgewiesenen Fachkräften auf Grund der Lohnpolitik der Stadt Schaffhausen als sehr schwierig beurteilt werden kann und andererseits der Kanton den kantonalen Angestellten eine Erhöhung von 0,8% gesprochen hat. Es ist festzuhalten, dass das Personal der Stadt nicht weniger Wert sein darf als das Personal des Kantons. Da findet eine Diskriminierung statt, der wir so nicht zustimmen können. Es wird deshalb aus unserer Fraktion ein Antrag zur Lohnsummenentwicklung gestellt. Eine Null-Runde erachten wir als ein schlechtes Signal nach aussen.

Die SP/AL Fraktion hat natürlich zu Kenntnis genommen, dass auf Grund der wirtschaftlichen Lage, der zu optimistischen Budgetierung der Steuereinnahmen, aber auch wegen des Inkrafttretens des neuen Pflegefinanzierungsgesetzes et cetera die Aussichten für das kommende Jahr nicht zu optimistisch angegangen werden dürfen. Infolge dieser Tatsachen entstand eine Diskussion zur Verbesserung der Finanzen, wobei die Erhöhung des Steuerfusses zum Thema wurde, allerdings unter sehr grossem Vorbehalt. Je nach Verlauf der Debatte schliesst die SP/AL Fraktion einen Antrag auf Erhöhung des Steuerfusses nicht aus. Wir werden uns zu gegebener Zeit dazu äussern. “

Till Hardmeier (JFSH)

Votum

”Wir haben von SR Peter Neukomm gehört, dass wir einerseits ein einigermaßen akzeptables Budget haben und gleichzeitig finanziell auf dem Zahnfleisch laufen. Aber wir sollten darüber nicht überrascht sein. Wenn ich die letzten Monate analysiere, hat sich das Volk im August klar für eine Steuersenkung ausgesprochen - 45% wollten eine grössere, 55% vermutlich eine kleinere Steuersenkung. Wir haben die Motion Wullschleger auf dem Tisch, das heisst Einsparen von 10% der Verwaltungskosten. Hier gibt es seit Jahren Arbeitsverweigerung. Jetzt haben wir das aktuelle Budget vor uns; zuerst lautet es auf CHF 2 Millionen Defizit, dann findet die GPK zusätzlich CHF 600'000.--. Der Stadtrat macht genau das Gegenteil von dem, was der Auftrag des Volkes ist. Sehr störend empfinde ich die sehr kurzfristige Korrektur von CHF 1,8 Millionen. Soviel ich weiss, ist diese Tatsache in der GPK schon seit einigen Wochen bekannt, wurde jedoch von der GPK erst sehr kurzfristig abschliessend beschlossen. Meines Erachtens müsste viel früher informiert werden. Ich frage mich, ob mit uns einfach gespielt wird, und wir erst heute Abend erst hier erfahren, was noch korrigiert wurde. Das Budget müsste meiner Meinung nach nochmals zurückgewiesen werden, um die Ausgabenseite erneut sorgfältig zu überprüfen.

Ich werde auf das Budget 2011 eintreten, es aber klar ablehnen, Lohn- und Steuererhöhungen natürlich inklusive. Ich freue mich, dass die FDP den gleichen Antrag hat wie ich, nämlich die Steuern 2% zu senken, weil das Volk dies auch so möchte. Wir haben Neuhausen, wo die Steuern 1% gesenkt wurden und gleichzeitig die Lohnsumme um 1,2% erhöht wird.

Ich glaube, der Stadtrat braucht viel mehr Druck. Für das Gastrokonzept wurden CHF 50'000.-- ausgegeben, und es ist so geheim, dass es niemand einsehen darf. Der Umbau des Alten Emmersberg kostet CHF 50'000.--. Fragen Sie einmal einen Spezialisten aus dem Gastrobereich, wie schwierig es ist, diesen Betrag wieder einzuspielen. Das Ganze wurde sozusagen ins Budget hineingeschmuggelt; ich frage mich schon, ob da wohl mit uns gespielt wird.

Die Bereiche Kultur und Verkehr müssen wir gar nicht anschauen, da der Stadtrat und die Mehrheit des Parlaments hier nichts ändern möchten. Ich werde keine Detailanträge stellen, sondern habe alles über die GPK bereits eingespielen. Ich wiederhole an dieser Stelle meinen Antrag auf 2% Steuersenkung. "

Josef Eugster (SVP)**Votum**

"Das Votum von Christa Flückiger hat mich herausgefordert. Meiner Ansicht nach ist heute nicht der richtige Zeitpunkt für eine Steuerfusserhöhung. In erster Linie wollen wir die Steuergesetzrevision des Kantons abwarten, die nächstes Jahr vorgesehen ist. Zudem ist die finanzielle Entwicklung der Stadt im Jahr 2011 zu beobachten, die ja nicht besonders rosig aussieht. Zurzeit sind verschiedene Umsetzungsprozesse im Gang, die auch von der bürgerlichen Seite unterstützt oder ausgelöst wurden. Masshalten ist von allen Seiten gefordert, damit meine ich nicht nur den Stadtrat, sondern auch das Parlament und die Verwaltung. Andernfalls könnte es gut sein, dass die Stadtentwicklung ins Stocken gerät. "

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

"Ich danke SR Peter Neukomm für die Zusammenstellung der Zahlen. Es war ja ein politischer Wunsch von Erwin Sutter, das Instrument der Prognose besser zu nutzen. Ich würde mir wünschen, dass Zusammenstellungen in Zukunft nicht mehr mit dem veralteten Budget des Vorjahres verglichen werden, sondern dass ein Vergleich mit der Prognose dargestellt wird. Wir haben in der GPK ja festgestellt, dass die Prognose bei den Steuereinnahmen nicht eintreten wird.

Wenn Sie mir erlauben, möchte ich mich noch zum FDP-Vorschlag einer Steuersenkung äussern: Aus meiner Sicht ist dies ein populistischer Vorschlag. Es ist sehr interessant, dass dieser Vorstoss auch auf kantonaler Ebene kommt, da wir ja dort eine SVP-Vertreterin als Finanzvorsteherin haben und nicht mehr ein freisinniger Finanzdirektor. Der Kanton - und dies wurde publiziert - hat vor, ganz klar dort nochmals die Steuern zu senken, wo es nötig ist, und zwar im Bereich der Vermögenssteuern. Im Vergleich mit Zürich sind wir weit weg vom Schuss. Es macht überhaupt keinen Sinn, jetzt die Steuern zu senken und nachher auf kantonaler Ebene eine Steuergesetzrevision zu blockieren. Diese Vorlage kostet gemäss Vorstellung der Finanzdirektorin rund CHF 13 Millionen, die Hälfte ist für 2012 geplant, der Rest für 2013. Dies bedeutet für die Stadt Schaffhausen, vorbehaltlich Annahme der Steuergesetzrevision, dass mittelfristig mit rund CHF 6 Mio. Steuerentlastung zu rechnen ist. Wir haben uns in der GPK intensiv über die Auswirkungen der letzten Steuergesetzrevision unterhalten. Bei den natürlichen Personen hatten wir in 2007 noch Steuereinnahmen von CHF 83,5 Millionen, in 2009 waren es noch CHF 76,8 Millionen, und zwar nicht aufgrund des Wegzuges von zahlreichen Bürgern, sondern aufgrund der intensiven Steuergesetzrevision, die eben leider auch betrachtet werden müssen. Dies hat SR Peter Neukomm richtigerweise so dargestellt, wenn davon gesprochen wird, dass der Bürger schlussendlich weniger Steuern zu bezahlen habe. In 2008 hatten wir die Aufhebung

der Degression, das war der Bundesgerichtsentscheid von Obwalden, der keine degressive Erhebung der Steuern erlaubt. Gleichzeitig sind in 2008 aufgrund der Bankenkrise die Vermögenswerte eingebrochen, und wir hatten von 2007 auf 2008 einen Wegfall der Vermögenssteuer von rund CHF 2 Millionen. In 2009 wurde die nächste Steuergesetzrevision aufgegleist, das war die Erhöhung des Kinderabzuges auf CHF 2'000.--, im Kanton haben wir rund 16'000 Kinder. Wenn wir mit einer durchschnittlichen Steuerbelastung für die einfache Steuer von 6% rechnen, ergibt dies rund CHF 2 Millionen Ausfall, bezogen auf die Kinderabzugshöhe. Auch das hat die Stadt mit rund einer Million getroffen. In 2010 fand der Ausgleich der kalten Progression statt, die wir alle gefordert hatten. Dies spüren wir in der Rechnung 2010; aber auch in der Rechnung 2011 werden sich die Auswirkungen bemerkbar machen, das heisst beispielsweise die Erhöhung gewisser Sozialabzüge wie Kinderabzug sowie die Entlastungsabzüge für tiefere Einkommen, werden sich erst dann niederschlagen, wenn der Steuerpflichtige seine Deklaration im Frühjahr 2011 einreicht. Daraus ergeben sich wieder negative Auf-, beziehungsweise Abrechnungen. Für die Stadt Schaffhausen sind 2% schlicht und einfach CHF 2 Millionen; da müssen wir uns schon fragen, ob das verantwortbar ist, wenn wir jetzt ein Defizit von CHF 4,35 Millionen ausweisen. Mit der von der FDP geforderten Steuersenkung würden wir somit auf CHF 6,35 Millionen kommen. Das ist keine verantwortbare Finanzpolitik.

Zur SP: Ich bin mit Christa Flückiger einverstanden, dass Angebote selbstverständlich geprüft werden müssen. Man kann jedoch nicht einfach eine ausserschulische Kinderbetreuung fordern. In der GPK haben wir uns erkundigt, was diese Plätze kosten, respektive welches Defizit an der Stadt Schaffhausen hängen bleibt. Wenn ich SR Urs Hunziker richtig verstanden habe, sind es rund 300 Plätze, die wir anbieten, dazu kommen noch die Mittagstische und einige andere Institutionen. Pro Institution und pro Kind verbleiben somit für die Stadt Schaffhausen Kosten von zwischen CHF 10'000.-- und CHF 15'000.--. Die Eltern profitieren allenfalls auch noch von Steuerabzügen bis zum Umfang von CHF 9'000.--. Wenn wir Zuzug in Schaffhausen dank dieser Institutionen haben, haben wir aber vielleicht auch tiefere Steuern, weil schlussendlich die Eltern doppelt profitieren. Ich bin durchaus für einen Ausbau bereit, aber bitte sagen Sie uns auch, wie wir dies finanzieren sollen. "

Peter Möller (SP)

Votum

"Ich möchte auf die von Hermann Schlatter gestellte Forderung eingehen, es sei inskünftig auf die Prognose, die wir in der GPK erhalten haben, abzustellen. Wir haben in der GPK gehört, dass die Prognose noch nicht ganz ausgereift ist und noch weiter verfeinert werden müsse. Damit ist es klar viel zu früh, jetzt schon auf diese Zahlen umzustellen. Es gilt auch den zeitlichen Ablauf des Budgetprozesses zu berücksichtigen. Verlässliche Zahlen liegen wohl immer erst zu spät vor. Deshalb wird man weiterhin auf den Vorjahresvorschlag und die zwei Jahre zurückliegende Rechnung zurückgreifen müssen. Da bleibt uns leider keine andere Wahl.

Betreffend Finanzierung des Ausbaus der ausserschulischen Kinderbetreuung: Es ist ganz klar - und das höre ich immer wieder von Neuzuzügern oder von solchen, die es werden möchten - dass dies in Schaffhausen fehlt. Ein Ausbau könnte Neuzuzüger bringen, und auch wenn sie einen Teil dieser Ausgaben wieder von den Steuern abziehen können, wäre es trotzdem zusätzliches Steuersubstrat. "

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

"Ich möchte eine Bemerkung zur Aussage von Peter Möller anbringen; er war allerdings an der GPK-Sitzung entschuldigt, als ich dort bereits informierte: Die Steuerfakturierung für 2010 ist abgeschlossen, wir kennen das Steuersoll ganz genau, die letzten Rechnungen sind verschickt, es wird nichts mehr fakturiert. Wir haben also nicht mehr nur einen Trend, sondern verfügen bereits über eine Prognose, die bei dieser Gegenüberstellung berücksichtigt werden könnte. "

SR Peter Neukomm**Stellungnahme**

"Ich bedanke mich bei den Fraktionssprechenden für die meist sachliche Darlegung ihrer Einschätzungen, auch wenn ich diese nicht ganz teilen kann. Es macht Sinn, wenn wir heute vernünftig und realitätsbezogen bleiben. Wir haben eine Prognose und einen Trend, der nicht so gut aussieht; wir werden uns im SR bemühen, das Resultat nochmals zu verbessern, die Verwaltung wird selbstverständlich mitziehen. Das Defizit ist nicht tief rot, wie teilweise gesagt wurde. Die Farbe wird wohl etwas durch den politischen Hintergrund geprägt - das nehme ich niemandem übel. Ich danke im Namen des Stadtrats denjenigen, die für Eintreten votiert haben und hoffe, auch in der Detailberatung den sachlichen Ton weiterführen zu können. "

Die **Ratspräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der 1. Vizepräsident, Edgar Zehnder (SVP), verliest das Budget 2011 der Stadt Schaffhausen seitenweise wie folgt:

III. Laufende Rechnung (Seite 17 bis Seite 140):**Martin Roost (OeBS, parteilos)****Votum****Seite 18, 1100.300.102 Sitzungsgelder und Grundentschädigung GrSR, Spezialkommissionen:**

"Eigentlich wollte ich es ihm heute Abend persönlich mitteilen. Vor zwei Jahren habe ich Fabian Käslin als Mitglieder der FDF-Fraktion in die GPK gewählt; ich schenkte ihm damals mein Vertrauen, dass er in dieser wichtigen Kommission mitarbeiten und mitgestalten kann. Wie wir alle in diesem Saal wissen, glänzt er vor allem durch Abwesenheit in der GPK, aber auch hier im Rat. Bei der ganzen Budgetarbeit der GPK 2011 war er nicht anwesend. Ich verstehe sehr wohl, dass junge Menschen für Weiterbildung und Ferien ins Ausland verreisen. Was ich aber überhaupt nicht verstehen kann, warum er seinen GPK-Sitz nach den Diskussionen, die geführt wurden, nicht zur Verfügung stellt. Er führt seine anspruchsvolle Arbeit nicht aus, sondern überlässt die Knochenarbeit den anderen GPK-Mitgliedern. Auch wenn ich nicht immer gleicher Meinung mit Walter Hotz bin, weiss ich, dass die Aufgaben der GPK anspruchsvoll sind. Was mich extrem irritiert, ist, dass er für das ganze Jahr eine Grundentschädigung von CHF 1'000.-- erhält. Es ist unangenehm über Personen zu sprechen, die nicht anwesend sind. Ich hoffte aber, dass er heute Abend anwesend ist, und deshalb habe ich etwas vorbereitet.

Ich habe das Gefühl, dass gewisse Mitglieder die parlamentarische Arbeit als virtuelles Machtspiel betrachten. Man schreibt lieber provokative Leserbriefe als sich der politischen Verantwortung zu stellen. Medial ist Fabian Käslin auch weiterhin

omnipräsent. Lieber GPK-Präsident, ich finde das Verhalten von Fabian Käslin nicht richtig und habe deshalb eine Frage an Sie: Denken Sie, ihn dazu veranlassen zu können, der Stadt Schaffhausen die Grundentschädigung zurückzuzahlen? Können Sie dieses Verhalten als GPK-Präsident unterstützen? "

Walter Hotz (FDP):

"Ich habe schon lange mit einer solchen Frage gerechnet, aber ich bin weder der Vater, noch der Stiefvater von Fabian Käslin. Was ich bei jedem jungen Ratsmitglied unterstütze, ist die berufliche Weiterbildung, die wichtiger wie der Ratsbetrieb ist. Bezüglich Teilnahme an GPK-Sitzungen: Sie können sich sicherlich noch erinnern, dass im Jahr 2009 Christoph Lenz in der GPK Einsitz hatte. Im November 2010 habe ich die Präsenzliste der beiden Personen studiert und festgestellt, dass per Ende Oktober 2009 beide Personen gleich viel fehlten. Vor rund 10 Jahren hatten wir ein Ratsmitglied aus der seinerzeitigen Autopartei, das über ein Jahr nicht an den Sitzungen teilnahm und sich nicht einmal dafür entschuldigte. Kein Ratsmitglied hatte sich damals darüber gestört. Zur Grundentschädigung von CHF 1'000.--: Im Dezember 2009 führten wir die Debatte über die Grundentschädigung; ich stellte damals einen Antrag, dass die Grundentschädigung anteilmässig nach besuchten Sitzungen ausbezahlt wird. Mit 30:5 Stimmen ist dieser Antrag nicht durchgekommen; ich weiss nicht mehr, welcher 5 Ratsmitglieder mich damals unterstützten. Jetzt haben Sie die Quittung dafür. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

"Es besteht keine rechtliche Grundlage, und deshalb bin ich froh, dass Martin Roost keinen Antrag auf Kürzung der Grundentschädigung gestellt hat. Aber es gibt die Möglichkeit einer Antragsstellung auf entsprechende Änderung der GO. Bei den anderen Kommissionen wurde in der GO explizit die Möglichkeit einer Vertretung geschaffen; dies gilt jedoch wegen der Kontinuität weder für die Geschäftsprüfungskommission, noch für die beiden ständigen Fachkommissionen. In diesem Punkt besteht eine gewisse Handlungsunfähigkeit des Parlaments. Der Weg zur Einführung eines Impeachment-Verfahrens steht Ihnen jedoch jederzeit ebenfalls offen. "

Urs Tanner (SP):

"Ich kann meinen Vorrednern nur zustimmen und bitte Sie aber trotzdem, über Abwesende kein Gericht zu halten. Das ist doch peinlich. Man müsste ein Verfahrenspostulat einreichen; es gibt tatsächlich Parlamente, die pro 15 Minuten Sitzungsgelder auszahlen. Es geht auch mir so, dass ich ein schlechtes Gewissen habe, wenn ich für eine SPK mit einer durchschnittlichen Sitzungsdauer von zweieinhalb Stunden nur 70 Minuten Zeit habe. Vielleicht hätte ein Verfahrenspostulat von Walter Hotz unter den heutigen Prämissen eine Chance. Heute Abend an der Budgetdebatte hat das Thema kein Zeitfenster, aber als Verfahrenspostulat 2011 (das dritte betreffend Änderung der GO). "

Andi Kunz (AL)

Votum

Seite 30, 2300.311.005 Anschaffung bewegliches Inventar oder 311.010 EDV-Projekte:

"Mit meiner Kleinen Anfrage vom 19. Mai 2010 unterbreitete ich dem Stadtrat den Vorschlag, Besucherinnen und Besuchern der Freihandbibliothek Agnesenschütte einen WLAN-Zugang zu ermöglichen. In der Stadtbibliothek erfreut sich ein solches Angebot grosser Beliebtheit. In der Freihandbibliothek stehen den jährlich rund 85'000 Besuchern heute lediglich zwei Computer mit Internetzugang zur Verfügung.

Dies wird den Bedürfnissen an eine moderne Bibliothek nicht gerecht. Diese Meinung teilt der Stadtrat in seinem Antwortschreiben vom 27. Juli 2010. Er äussert sich zum Vorschlag wie folgt: "Der Stadtrat hat die Anregung aufgenommen; im Voranschlag 2011 sind für die Einrichtung von WLAM in der Agnesenschütte Fr. 7'500.-- vorgesehen."

Die kurze Halbwertszeit der stadträtlichen Zusage ist beeindruckend. Knapp vier Monate nachdem der SR die Antwort auf Papier gedruckt hatte, hat er sich offensichtlich bereits wieder umentschieden. Mit Bedauern musste ich feststellen, dass im vorliegenden Budget das Versprechen des Stadtrats keinen Eingang gefunden hat. Vielleicht wurde es ja einfach vergessen. Oder waren es etwa doch die Spargründe? Das kann ich mir jedoch kaum vorstellen, denn die Anschaffungskosten von CHF 7'500.-- sind ja geradezu lächerlich im Vergleich zum Nutzen für die Besucherinnen und Besucher der Bibliothek. Ich beantrage deshalb, den angeregten WLAN-Zugang in der Freihandbibliothek Agnesenschütte ins Budget aufzunehmen und zähle auf Ihre Unterstützung. "

Stadtpräsident Thomas Feurer:

"Der SR hat sich durchaus an dieses Versprechen erinnert, aber er hat auch versprochen, ein einigermaßen vernünftiges Budget vorzulegen. Innerhalb des Budgetprozesses hat sich gezeigt, dass rund CHF 10-12 Millionen mit kleinen und sehr kleinen Beträgen aus dem Rohbudget herausgestrichen werden mussten.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass der SR diesen Antrag - sobald Spielraum besteht - erneut aufnehmen wird. Wir werden dann vielleicht davon profitieren können, dass die Preise günstiger werden. Wer unbedingt mit seinem Laptop einen WLAN-Zugang wünscht, kann diesen in der Stadtbibliothek oder an anderen Orten benutzen. Innerhalb von solchen Sparrunden haben wir auch Positionen streichen müssen, die wirklich Sinn machen, aber aufgrund des Spardrucks nicht realisiert werden können. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Andi Kunz (AL) gestellten Antrag mit 19 : 11 Stimmen ab.

An dieser Stelle unterbricht das Parlament die Budgetdebatte für eine stündige Pause. Der 1. Vizepräsident, Edgar Zehnder (SVP), nimmt das seitenweise Verlesen des Budgets 2011 ab Seite 32 wie folgt wieder auf:

SR Peter Neukomm

Votum

Seite 50, 3301.309.001 Personalentwicklung:

"Sie haben den Antrag der GPK gehört, es soll ein Betrag von CHF 35'000.-- gestrichen werden und beantrage Ihnen im Namen des Stadtrats, den Betrag im Budget 2011 zu belassen.

Was ist Personalentwicklung?

Personalentwicklung sind Massnahmen zur Vermittlung von Qualifikationen, welche die aktuellen und zukünftigen Leistungen von Führungskräften und Mitarbeitenden steigern (so genannte Bildungsmassnahmen), sowie Massnahmen, welche die berufliche Entwicklung von Führungskräften und Mitarbeitenden unterstützen (so genannte Fördermassnahmen). Es geht also um die gezielte Förderung von

Humankapital, um die Unternehmensziele optimal zu erreichen und zwar unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Qualifikation der einzelnen Mitarbeitenden oder einer Gruppe von Mitarbeitenden. Kurz gesagt heisst Personalentwicklung "Erweiterung und Erhaltung der Mitarbeiterqualifikation", mit welcher die Arbeitsqualität nach aussen und nach innen gesteigert wird.

Personalentwicklung in der Stadt Schaffhausen und beim Kanton:

Bisher war dies im Kanton und in der Stadt eher ein Stiefkind. Die Personalentwicklung hat für den SR einen hohen Stellenwert. Im Leitbild der Stadt heisst es: „Die Stadt fördert das lebenslange Lernen und baut ihre Weiterbildungsangebote aus.“ Der Legislatorschwerpunkt 7.6 des SR lautet: „Die Stadt ist eine attraktive Arbeitgeberin und wichtige Ausbilderin von beruflichem Nachwuchs.“ Als Zielsetzung dazu ist festgehalten: „Ganzheitliche, zeitgemässe Personalentwicklung.“ Diesen Worten sollen auch Taten folgen, die im Interesse der Mitarbeitenden wie der Stadt als Arbeitgeberin liegen: Der SR will die bisher eher schwach ausgebildete Personalentwicklung zusammen mit dem Kanton verbessern. Hierzu sind CHF 35'000.-- ins Budget 2011 gestellt worden. Die Position soll damit von CHF 150'000.-- auf CHF 185'000.-- erhöht werden. Das ist bei etwa 1'200 Mitarbeitenden im Quervergleich mit anderen öffentlichen Gemeinwesen und mit der Privatwirtschaft immer noch extrem wenig. Der Kanton TG zum Beispiel wendet 1% der Gesamtlohnsumme dafür auf, dies wird auch in der Privatwirtschaft teilweise als Mindeststandard betrachtet. Umgelegt auf die Stadt wäre das annähernd CHF 1 Million. Der Kanton Schaffhausen hat sein Budget 2011 für die Personalentwicklung um CHF 55'000.-- auf Total CHF 210'000.-- Franken erhöht. Mit der vom SR beantragten Erhöhung würden wir für 1'200 Mitarbeitenden nicht einmal ganz die Hälfte von dem einsetzen, das der Kanton für 200 Mitarbeitenden weniger aufwendet. Wie kommt man auf diesen Vergleich? Im Gegensatz zum Kanton sind bei uns die individuellen Ausbildungen, wie Fachausweise, Diplome oder Nachdiplomstudien, die 2011 rund CHF 84'000.-- kosten werden, im zentralen Konto 3301.309.001 enthalten. Beim Kanton läuft das über die einzelnen Abteilungen und käme damit noch zu den CHF 210'000.-- für die Personalentwicklung hinzu. Wenn also der Streichungsantrag der GPK-Mehrheit angenommen würde, könnte die Stadt mit rund 20% mehr Mitarbeitenden als der Kanton nicht einmal mehr halb so viele Mittel für die Personalentwicklung einsetzen wie der Kanton. Das wäre ein ganz schlechtes Signal, nicht nur gegenüber unseren Mitarbeitenden, sondern auch für die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin auf dem Arbeitsmarkt. Wir koppeln uns heute bereits beim Lohn vom Kanton ab. Es wäre deshalb falsch, auch noch die gemeinsame Personalentwicklung aufs Spiel zu setzen.

Der Handlungsbedarf für eine Stärkung der Personalentwicklung ist objektiv ausgewiesen. Wir können bei der Lohnentwicklung kaum mehr mit der Privatwirtschaft mithalten. Die Lohnrunde 2011 wird die Unterschiede leider weiter akzentuieren. Das bekommen wir besonders zu spüren, wenn wir qualifizierte Fach- oder Führungskräfte suchen. Hier sind wir je länger je mehr auf wirksame Personalentwicklungs-Instrumente angewiesen. Auch die demografische Entwicklung, die negative Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von beruflichem Nachwuchs haben wird, gebietet uns, mehr in die Personalentwicklung zu investieren. Alles andere käme uns mittel- bis längerfristig teurer zu stehen. Das hat auch der Kanton gemerkt. Er will darum zusammen mit der Stadt mehr investieren in wichtige Dinge wie die Professionalisierung der Führungskompetenzen, die Qualitätssicherung und –steigerung bei der Leistungserbringung, die Erkennung und Förderung von Mitarbeiterpotenzial, Nachfolge- und Laufbahnplanungen, den optimalen Ressourceneinsatz, das Schwächen Erkennen und Verbessern et cetera.

Das gemeinsame Weiterbildungsprogramm von Stadt und Kanton soll darum vor allem Angebote zur Steigerung der Führungskompetenzen, der Fachkompetenzen sowie der Selbst- und Sozialkompetenzen enthalten.

Antrag des Stadtrats:

Ich bitte Sie im Namen des SR, den Streichungsantrag der GPK-Mehrheit zur Position 3301.309.001 auf Seite 50 des Budgets abzulehnen, damit das zusammen mit dem Kanton aufgegleiste Projekt für eine zeitgemässe Personalentwicklung umgesetzt werden kann. Diese Kooperation mit dem Kanton ist eine Chance für uns. Wenn wir das alleine machen müssten, wäre es wesentlich teurer. Eine Streichung wäre auch gegenüber dem Kanton, mit dem wir nicht nur in diesem Bereich enger zusammenarbeiten möchten, ein schlechtes Signal. Ich bitte Sie, diesen bescheidenen Betrag im Budget 2011 zu belassen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den von SR Peter Neukomm gestellten Antrag mit 15 : 14 Stimmen gut.

Peter Möller (SP)**Votum****Seite 52, 3303.301.200 Verwaltung, Lohnsummenentwicklung:**

”Wir haben gehört, Änderungen vorbehalten, dass das Budget 2011 einen Fehlbetrag von rund CHF 4,3 Millionen aufweist. Der SR möchte daher für dieses Jahr die Lohnsummenentwicklung beim städtischen Personal auf null setzen und nur einem Teil der städtischen Angestellten eine Einmalzahlung, abhängig vom Resultat der Leistungs- und Zielvereinbarung, leisten. Zwar ist dieses Vorgehen angesichts der eher knappen Mittel nachvollziehbar, findet aber von unserer Seite keine Unterstützung. Ich will anschliessend die Gründe dafür erklären:

Seit Jahren läuft die Stadt mit dem Kanton im Gleichschritt, was die Personal- und Lohnpolitik angeht, und der Kanton hat - obwohl auch sein Budget einen deutlichen Fehlbetrag aufweist - eine Lohnsummenentwicklung von 0,8% beschlossen. Diese Entwicklung gilt natürlich auch für die in unserem Budget aufscheinenden Besoldungen für Lehrpersonen. Der Kanton steht mit dieser Lohnentwicklung nicht allein da und ist auch nicht speziell grosszügig. Wie die aktuelle Lohnumfrage der UBS zeigt, ist in der Schweiz im nächsten Jahr eine Nominallohnentwicklung zwischen 1 und 2% zu erwarten. Im Durchschnitt beträgt die erwartete Lohnentwicklung in der Privatwirtschaft 1,6%, das Doppelte von dem, was der Kanton gewährt und was ich Ihnen beantragen werde. Das Staatssekretariat für Wirtschaft hat heute seine Wirtschaftsprognose für das nächste Jahr um 0,3% auf jetzt 1,5% Wachstum erhöht und sieht damit auch positiver in die Zukunft. Beides sind erfreuliche Zeichen dafür, dass zu Beginn der Sitzung aufgrund des Vorsichts- oder sollte man besser sagen - Übervorsichtsprinzips unter Umständen eine zu grosse Korrektur bei den Zu- und Abrechnungen Steuereinnahmen erfolgte. Aber das ist schlussendlich nicht entscheidend und muss auch nicht nochmals diskutiert werden.

Entscheidend aus unserer Sicht ist, dass das prognostizierte Defizit zwar hoch ist, aber noch im Streubereich liegt, das in der Regel bei 1,5 bis 2% des Gesamtaufwands liegt. Bei einem Haushalt von fast CHF 220 Millionen kann ein Defizit von CHF 4,3 Millionen mit Sicherheit mittelfristig kompensiert werden. Der Fehlbetrag ist daher - wie bereits gesagt - hoch, aber noch nicht dramatisch. Ich freue mich, dass die FDP diese Einschätzung teilt, da sie ja Raum für eine

Steuerfussenkung sieht. Damit sollte einer Zustimmung zu meinem Antrag nichts entgegen stehen. Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass sich die Stadt Schaffhausen als attraktiven Arbeitgeber mit motivierten Arbeitskräften präsentiert. Darum sollte auch vom im Personalgesetz vorgesehenen Vorgehen nur im alleräussersten Notfall abgewichen werden, und dieser Notfall ist jetzt noch nicht eingetreten.

Ich stelle daher den Antrag, die Lohnsummenentwicklung im Gleichklang mit dem Kanton auf 0,8% festzulegen. Dies würde gemäss Auskunft der Zentralverwaltung in der GPK Mehrausgaben von CHF 300'000.-- zur Folge haben. Auf welchen Betrag die Positionen 3303.301.200 Lohnsummentwicklung und die Position 3303.303.003 Anteil Sozialleistungen zu korrigieren sind, kann uns der Leiter der Zentralverwaltung, Thomas Jaquet, nach erfolgter Abstimmung sicherlich mitteilen. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Äusserung von Dr. Cornelia Stamm Hurter in der Eintretensdebatte eingehen und feststellen, dass es sich bei den 0,8% nicht um eine generelle Lohnerhöhung handelt, sondern um individuelle und leistungsbezogene Lohnanpassung handelt. "

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Ich denke, dass wahrscheinlich alle Fraktionen diese Frage diskutiert haben. Bei uns lautete die Aussage, dass 0,8% einen Betrag von CHF 420'000.-- bedeuten. Soeben hörte ich, es seien CHF 300'000.--. Dies ist verwirrend, ich möchte eine klare Aussage darauf. "

Thomas Jaquet/Leiter Zentralverwaltung:

"Die geforderte Lohnsummenerhöhung beträgt CHF 456'000.--, ohne Sozialleistungen. Die *Mehrausgaben* (abzüglich CHF 165'000.--, die bereits im Budget enthalten sind) belaufen sich auf die erwähnten CHF 300'000.--; die Sozialleistungen von 22% sind noch zusätzlich dazuzurechnen. "

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

"Wir haben selbstverständlich auf diesen Antrag gewartet und erwarten jetzt vom Stadtrat, dass er sich ebenso vehement für sein Budget einsetzt, wie er das tut, wenn es um Forderungen unsererseits geht, und wir Änderungen zum Budget wollen. Ich erwarte vom SR ein klares Votum für sein eigenes Budget, nämlich gegen die soeben beantragte Lohnsummenentwicklung. "

SR Peter Neukomm:

"Ich überlasse Ihnen mein Manuskript, dort können Sie mein Votum nachlesen. Sie haben offensichtlich nicht zugehört. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Peter Möller (SP) gestellten Antrag mit 14 : 13 Stimmen ab.

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

Seite 80, 5110.433.102 Elternbeiträge aus Zusatzunterricht und Aufgabenhilfe:

"Bitte lesen Sie, was im Kommentar steht. Ich werde keinen Antrag stellen. In der Rechnung 2009 sind Einnahmen aus Elternbeiträgen aus Zusatzunterricht und Aufgabenhilfe von CHF 111'500.-- ausgewiesen, jetzt ist es noch die Hälfte. Ich

beweine die Mindereinnahmen nicht, aber es ist natürlich schon so, dass damit ein Leistungs- beziehungsweise ein Qualitätsabbau verbunden ist. Wenn wir jetzt nur noch die Hälfte einnehmen, hat das mit der Neuorganisation des Stützunterrichts zu tun (Einzelstützunterricht wurde zu Gruppenstützunterricht), der für einige Kinder durchaus verträglich ist, aber für viele andere nicht. Das finde ich eine Fehlleistung, wir werden über dieses Thema übrigens auch noch in der SLA diskutieren. Daher verzichte ich an dieser Stelle auf einen Antrag. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass auf schleichende Art eine Leistung für die schwächeren Kinder reduziert wird, was überhaupt nicht im Sinne einer langfristigen Perspektive ist. Viele Kinder konnten mit dem zusätzlichen Einzelstützunterricht wieder in die Klassen integriert werden, und jetzt ist das leider nicht mehr unbedingt der Fall. Eine sehr wertvolle Leistung, die sich als Langzeitinvestition positiv auswirkte, wird kurzfristig und kurzsichtig reduziert. Das finde ich enorm schade. “

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

”Ich kann Iren Eichenberger gerne die Überlegungen, die zur Neuorganisation des Stützunterrichts geführt haben, schriftlich überreichen, damit sie das Thema im Detail studieren kann. Fakt ist, dass es sich beim Stützunterricht um ein freiwilliges Angebot handelt, das in der Stadt Schaffhausen für den ganzen Kanton einzigartig ist. Fakt ist ebenfalls, dass sich der Kanton an diesen Kosten nicht beteiligt. Die Kostenbeteiligung der Stadt Schaffhausen - unabhängig von der Beteiligung der Eltern - haben sich von rund CHF 100'000.-- pro Jahr auf jetzt über CHF 300'000.-- erhöht. Das hat uns bewogen, zusammen mit der zuweisenden Stelle (schulische Abklärungs- und Beratungsstelle des Kantons) nach einer neuen Lösung zu suchen, und diese ist mit der Beratungsstelle entsprechend abgesprochen und wird als pädagogisch sinnvoll beurteilt. Wir gehen davon aus, dass damit rund CHF 200'000.-- pro Jahr eingespart werden können. Es ist aber nach wie vor nicht ausgeschlossen, dass Kinder, die das Bedürfnis nach einem Einzelstützunterricht haben, diesen auch bekommen können. Der schulische Abklärungs- und Beratungsdienst kann dies nach wie vor beantragen. Gesamthaft gesehen werden wir nur noch in Kleingruppen mit Kindern ähnlicher Bedürfnisse unterrichten. Die ersten Erfahrungen mit dem neuen System geben uns Recht, die Erfolge sind genau so gut wie mit dem Einzelstützunterricht. Die Lehrpersonen unterrichten in den Schulhäusern, was dazu führt, dass ein optimaler Gesamtüberblick besteht. “

Andres Bächtold (SP)**Votum****Seite 114, 6210.318.513 Wohnraumentwicklung Schaffhausen:**

”Der Stadtrat hat mit der Orientierungsvorlage Wohnraumentwicklung aufgezeigt, wie die Stadt für die Zukunft fit gemacht werden soll. Diese Vorlage beinhaltet verschiedene Teilprojekte, die nun zügig konkretisiert werden müssen und bei diesem komplexen Thema wird, soll der Erfolg einigermassen gesichert werden, Öffentlichkeitsarbeit entscheidend sein, was ohne externe Unterstützung nicht innert nützlicher Frist bewältigt werden kann. Was auch immer das Parlament letztlich mit der Vorlage Wohnraumentwicklung anstellt, das Ziel, nämlich die Stadt vorwärts zu bringen, ist so oder so anzustreben, was nur mit konkreten Vorlagen erfolgen kann. Die dafür eingesetzten CHF 100'000.-- sind also eine gute Investition in die Zukunft, weshalb ich Sie bitte, den Betrag im Budget zu belassen und der GPK nicht zu folgen. Der Betrag ist da am richtigen Ort, in einer Orientierungsvorlage hat er nichts zu suchen. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

„Die GPK hat sich bei der Streichung sehr wohl etwas überlegt. Es ging hauptsächlich darum, dass kein Kreditbetrag für ein Projekt gesprochen werden sollte, das im Rat noch nicht diskutiert wurde. Das ist ordnungspolitisch nicht korrekt. In einer Orientierungsvorlage kann sehr wohl ein Kredit gesprochen werden, analog dem Vorgehen mit der Schulraumplanung. Dort haben wir beschlossen, dass die Planung des Schulhauses Breite vordringlich ist und in diesem Rahmen ein Kredit gesprochen werden soll.“

SR Peter Käppler:

„Ich bestätige, dass sowohl Andres Bächtold als auch Dr. Cornelia Stamm Hurter Recht haben. Das Vorgehen wird in der Spezialkommission Wohnraumentwicklung nächste Woche (vor Weihnachten) besprochen. Daraus wird eine Kommissionsvorlage erarbeitet.“

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Andres Bächtold (SP) gestellten Antrag mit 18 : 6 Stimmen ab.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zur Laufenden Rechnung.

IV. Investitionsrechnung (Seite 144 bis Seite 180):**Martin Roost (OeBS, parteilos)****Votum****Seite 160, 62311.503.254 Turnhalle Emmersberg, Sanierung:**

„Ich werde keinen Antrag stellen, aber folgende Anmerkung machen: Wie Sie sehen, haben wir bereits eine Million für die Turnhallensanierung ausgegeben. Ich kann aber nicht nachvollziehen, warum wir eine Turnhalle sanieren, deren Fenster nicht mehr geöffnet werden können. Nach einem schönen Tag und einer kühlen Nacht haben wir am Morgen in dieser Turnhalle 28 Grad. Es sollten Fenster eingebaut werden, die sich öffnen lassen.“

SR Peter Käppler:

„Eine Antwort kann ich Ihnen geben, aber noch keine Lösung. Es ist tatsächlich so, dass die Lüftung in Halle 1 und 2 zu gewissen Zeiten nicht ausreicht. In der Halle 3 können die Fenster geöffnet werden, die Sportlehrerinnen und -lehrer haben einen Schlüssel. Wir sind daran, das Problem technisch zu lösen und werden Sie zu gegebener Zeit informieren.“

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zur Investitionsrechnung.

V. Spezialfinanzierungen

VI. Städtische Fonds

VII. Spezialverwaltungen

VIII. Stiftung Impuls

IX. Betriebe

II. Sachgruppenstatistik

I. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung

Zu diesen Kapiteln erfolgen keine Wortmeldungen.

SR Peter Neukomm**Votum**

”Zu Seite 40, 3111.400.011, Zu- und Abrechnungen aus Vorjahre, natürliche Personen, müssen wir noch die Korrektur von CHF 1,8 Millionen vornehmen (als Rückkommensantrag). Dieser Antrag ist nicht in den GPK-Anträgen enthalten.“

Rückkommensantrag zu Seite 40, 3111.400.011:

Zu- und Abrechnungen aus Vorjahren natürliche Personen von CHF 4,5 Mio. anstatt CHF 6,3 Mio.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem vom SR und der GPK gestellten Antrag mit 23:0 Stimmen zu.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zum Budget 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen.

Der **1. Vizepräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, verliert die Botschaft des Stadtrates vom 28. September 2010, Seiten 1-10, sowie die GPK-Anträge vom 29. November 2010 wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Voranschlag für das Jahr 2011 wird genehmigt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98% festgesetzt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Wortmeldungen zu Antrag 2:**Thomas Hauser (FDP)****Votum**

”Die FDP-Fraktion stellt wie bereits in der Eintretensdebatte erwähnt, den Antrag, den Steuerfuss auf 96% festzusetzen. Das ist kein populistischer Antrag wie uns untergejubelt wird und hat nichts damit zu tun, dass sich im Kanton das Finanzdirektorium von FDP auf SVP geändert hat. Die FDP-Fraktion hat sich immer schon für Steuergesetzrevisionen im Kantonsrat, beziehungsweise Steuerfussenkungen im Grossen Stadtrat eingesetzt und gefordert, unabhängig vom politischen Hintergrund des jeweiligen Vorsitzenden. Dr. Cornelia Stamm Hurter hat gesagt, es müsse nicht alles erfüllt werden, was im Budget steht. Genau dem schliessen wir uns auch an. Es hat in gewissen Positionen durchaus Sparpotenzial im Budget, das haben wir bei der Investitionsrechnung und bei den Vorlagen Theaterrestaurant, Alter Emmersberg, Schulhäuser GEGA/Emmersberg gesehen. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass Rechnungen immer besser abschliessen als der Voranschlag. Das war in Kanton und Stadt immer so, die Prognose 2010 zeigt dies ebenfalls. Wir bezweifeln auch, dass die Steuereinnahmen gemäss heutiger Prognose sich wirklich so realisieren werden. Alles Faktoren, die uns erlauben, den Steuerfuss um 2% zu reduzieren, damit wir im Umfeld der anderen Gemeinden konkurrenzfähig sind. Es ist ein Anliegen der FDP, mit dem Finger in Richtung haushälterisches Umgehen mit den Finanzen zu zeigen. Wenn die Steuern gesenkt werden, müssen sowohl SR als auch Grosser Stadtrat im nächsten Jahr sparsam mit dem Geld umgehen. Darum stellen wir den Antrag auf Steuerfussenkung um 2%

und bitten Sie um Zustimmung. “

Till Hardmeier (JFSH)**Votum**

”Wie bereits angekündigt, stelle ich an dieser Stelle den gleichen Antrag aus formellen Gründen nochmals, weil wir nicht mehr in Fraktionsgemeinschaft mit der FDP sind: Antrag auf Steuersenkung um 2%. “

Kurt Zubler (SP)**Votum**

”Ich werde einen Antrag stellen, der vom soeben gestellten abweicht und nehme gerne einige Argumente auf, um diesen zu begründen:

Zum Finanzreferenten und seiner Aussage, Steuereinnahmen können leider nicht beeinflusst werden. Das stimmt so nicht, das haben wir soeben gesehen. Steuereinnahmen können sehr wohl beeinflusst werden, indem man den Steuerfuss verändert. Dr. Cornelia Stamm Hurter hat gesagt, Tabus müssten gebrochen werden. Die Aussage des Finanzreferenten gründet darin, dass eine Diskussion über eine Steuererhöhung bereits einem Tabubruch in diesem Rat gleichkommt. Wir haben in den letzten Jahren nur über Steuersenkungen gesprochen, über etwas anderes überhaupt nur zu denken, scheint wirklich ein Tabubruch zu sein.

Walter Hotz sprach von der Stadt als Sanierungsfall. Ich teile die Meinung mit ihm, dass das Ansteigen der Schuld ein Problem ist. Er hat auch erwähnt, dass die aufgegleiste SLA nicht genügen wird und deshalb sei Gegensteuer dringend nötig. Dr. Cornelia Stamm Hurter führte aus, dass wir jetzt für die Sünden der Vergangenheit zu bezahlen haben. Damit hat sie jedoch nur die Ausgaben gemeint. Wenn ich auf die vergangenen Jahre zurückblicke, könnten mit Sünden auch die Steuersenkungen gemeint sein. Wir haben in den letzten Jahren die Steuern immer wieder gesenkt; in diesem Zusammenhang erinnere ich Sie gerne an die Aussagen von Dr. Raphaël Rohner, der sich sehr gerne und engagiert mit dem Argument der flexiblen Möglichkeit innerhalb von 3% die Steuern massvoll senken zu können, eingesetzt hat. Es sei zudem jederzeit möglich, den gesenkten Steuerfuss wieder zurückzunehmen. Und jetzt sind wir tatsächlich in einer schwierigen finanziellen Situation, mit verschiedenen Steuersenkungen der Vergangenheit und müssen Gegensteuer geben. Rainer Schmidig hat zu Recht gesagt, das städtische Personal finanziere mit dem nicht gewährten Lohnanstieg teilweise die Investitionen, beziehungsweise einen Teil des Defizits. Vor diesem Hintergrund finde ich die beantragte Steuerfussenkung der Freisinnigen geradezu obszön, auch wenn ich eingestehen muss, dass Kollege Thomas Hauser bei dieser Abstimmung sitzen geblieben ist. Es ist doch nur schwer nachvollziehbar, wenn das Personal von Stadt und Kanton nicht gleich behandelt, aber gleichzeitig eine Steuerfussenkung beantragt wird. Dr. Cornelia Stamm Hurter hat vom Vorsichtsprinzip gesprochen, das heisst *vorsichtig* zu budgetieren. Ich beantrage unter Berücksichtigung dieses Vorsichtsprinzips, den Steuerfuss um 1% zu erhöhen, um der Stadt die benötigten Mittel zuzuführen und nicht nur auf der Ausgabenseite zu steuern, sondern auch die Einnahmen in Betracht zu ziehen, um eine weitere Schuldenerhöhung zu vermeiden und in diesem schwierigen Jahr mindestens eine Million höhere Steuereinnahmen zu erwirken. Wir können zwar damit nicht alles kompensieren, aber zumindest einen guten Teil. Das ist ein gutes Signal. Sie haben nur von den umliegenden Gemeinden gehört, die Steuern senken, aber nicht von Stetten und Thayngen, die eine Steuerfusserhöhung von 5% beschlossen haben.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zu folgen und jetzt, nach vielen guten Jahren, in einem schlechten Jahr das richtige Signal auszusenden. Sollte sich die Situation

verbessern, können wir sehr wohl wieder in die andere Richtung gehen. “

Urs Tanner (SP)**Votum**

”Dem klugen Votum von Kurt Zubler habe ich absolut nichts hinzuzufügen. Wo sich mir noch Fragen stellen, ist an die FDP und an die Vollzeitbürgerlichen. Die Jagd nach Steuersenkungen scheint heute eine FDP-interne Angelegenheit zu sein, die SVP enthält sich heute. Darüber bin ich sehr froh. Steuersenkungsforderungen dürfen sehr wohl formuliert werden, in welcher Höhe auch immer. Was ich nicht verstehe, ist die Aussage von Thomas Hauser, es gäbe im Budget noch Sparpotenzial und anschliessend während 271 Seiten Arbeitsverweigerung zu machen, keine einzige Gelegenheit wahrzunehmen, zu sparen und am Schluss der Stadt mit einer 2%igen Steuerfussenkung noch CHF 2 Millionen Steuersubstrat zu entziehen. Das ist wie ein Fussballspiel ohne Ball oder das Blatt der Hausaufgaben leer abzugeben und die Note 6 zu verlangen. Es muss doch gesagt werden, wo gespart werden soll. Das ist nicht populär, aber Steuererhöhungen sind auch nicht populär, wenn das Schiff am sinken ist. Bitte untermauert die gestellten Forderungen mit Taten. “

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

”Urs Tanner hat es bereits teilweise erwähnt. Ich möchte Thomas Hauser wirklich fragen, welche Positionen denn konkret zu kürzen sind. Grundsätzlich haben wir das Budget und jede einzelne Position beraten; jetzt müsste ein entsprechender Rückkommensantrag gestellt werden. Was jetzt passiert, wenn seine Forderung durchkäme, ist, dass sich das Budget um CHF 2 Millionen verschlechtert. Grundsätzlich sind die Positionen jetzt bewilligt. Sollte dem nicht so sein, möchte ich wissen, wo das nachzulesen ist.

Zur Steuerfusserhöhung: Auch der SR hat diese bereits als falsches Signal bewertet. Zum genannten Vergleich mit Stetten kann ich nur anfügen, dass diese Gemeinde in einer anderen Liga spielt. Sie stehen zurzeit auf 60% Gemeindesteuerfuss, wollen jetzt eine Mehrzweckhalle bauen und haben deshalb (anstelle einer Zwecksteuer) eine 5%ige Erhöhung genehmigt. Der Unterschied zu Schaffhausen liegt immer noch 33% von uns entfernt. Das ist ein kleiner Unterschied. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)**Votum**

”Ich stimme in diesem Punkt erstmals mit der SVP überein und finde es absurd, über das Instrument des Budgets oder einer Initiative den Steuerfuss zu erhöhen oder zu senken. Wenn wir das machen wollen, muss das über eine Revision der Steuergesetzgebung vorgenommen werden. Es soll dort angesetzt werden, wo wirklich auch Bedarf besteht. Ich kann nicht nachvollziehen, wie heute die FDP eine solche Forderung stellen kann, wenn doch hinlänglich klar ist, was nächstes Jahr auf kantonaler Ebene auf uns zukommt. Wie kann man dem Personal 0,8% Lohnsummenentwicklung verweigern und dann noch obendrauf eine Steuerfussenkung beantragen. Wir haben ein negatives Budget, und dazu müssen wir stehen. Das ist meine Meinung. “

Gertrud Distel (CVP)**Votum**

”Das Votum von Kurt Zubler hat mich erstaunt, und ich finde es paradox, die Löhne und dazu auch noch die Steuern anzuheben. Die städtischen Angestellten bekommen also keine Lohnerhöhung, müssen aber noch mehr Steuern bezahlen - das geht bei mir nicht auf. Ich bin aber auch nicht für eine Steuersenkung, wir müssen nicht radikal sparen, Christa Flückiger will mit einer Bremswirkung sparen - dafür bin ich auch nicht. Aber legen wir doch einen Stopp ein und belassen wir den

aktuellen Steuerfuss. Wenn die Situation sich verbessert hat, können wir uns gerne über eine Steuersenkung wieder unterhalten. “

Walter Hotz (FDP)**Votum**

”Eigentlich habe ich für alle Verständnis. In der GPK haben wir das Thema ernsthaft geprüft. Es freut mich, dass eine Mehrheit in diesem Rat spürt, dass jetzt gespart werden muss, vor allem Kurt Zubler hat mir in gewissen Angelegenheiten Recht gegeben. Ich habe ein fünf Punkteprogramm aufgestellt und dem SR empfohlen. Nur haben Sie mich falsch zitiert, die Sanierung des Haushalts hat auf der Ausgabenseite zu erfolgen und nicht über Steuererhöhungen. Thomas Hauser kann mir wirklich glauben, dass wir uns in der GPK die Augen gerieben haben, als plötzlich die Position Steuereinnahmen um CHF 1,8 Mio. zu optimistisch budgetiert wurde. In den vergangenen Jahren war immer zu tief budgetiert worden, und es war jederzeit möglich, eine oder zwei Millionen hinaufzugehen, um damit ein einigermaßen ausgeglichenes Budget zu erzielen. Das war die Taktik der Vorgängerin von SR Peter Neukomm. Dieses Mal haben wir eine zusätzliche Sitzung, eine ausserordentliche Informationsveranstaltung, einberufen, wo wir nur diese Thematik diskutiert haben. Liebe FDPler, ich habe mir wirklich grosse Gedanken über die Situation gemacht. Die Steuereinnahmen werden jetzt CHF 1,8 Mio. tiefer ausgewiesen, aber dazu kommt, dass die Rechnung 2010 vermutlich noch eine Überraschung bringt, weil die Steuereinnahmen nicht gemäss Budgetierung ausfallen werden. Ich bitte den Rat beim Gemeindesteuerfuss von 98% zu bleiben, dann können wir mit gutem Gewissen die Steuereinnahmen gegenüber dem Steuerzahler verantworten. Natürlich gäbe es auch die Variante der Steuererhöhung, aber die Lösung muss jetzt wirklich sein, in Zukunft Einsparungen auf der Ausgabenseite vorzunehmen. Auch das Parlament steht in der Verantwortung und muss gegenüber gewissen Forderungen ein Nein aussprechen. Der Stadtrat muss auch mitmachen und nicht bei jedem Vorstoss Ja sagen und jeden Sparvorschlag mit der Begründung ablehnen, es sei alles in guten Händen. Die Quittung haben wir jetzt erhalten, es führt einfach kein Weg an der Sanierung vorbei. Das können Sie mir glauben. Es geht nur noch über die Personalkosten, das sage ich Ihnen an dieser Stelle, so leid es mir auch tut. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

”Kurt Zubler scheint ein selektives Hören zu haben, man hat Verständnis dafür und entschuldigt dies. Ich habe mich in meinem Votum und der Aussage, die Sünden der Vergangenheit holen uns ein, die strukturellen Probleme angesprochen, die wir haben. Die Steuern sind es nicht, auch wenn diese gesenkt wurden. Die Finanzkontrolle hat herausgefunden, dass wir die Steuern noch viel mehr hätten senken können, weil die Vorgängerin von SR Peter Neukomm es geschafft hat, über CHF 10 Mio. als stille Reserven anzulegen. Und was wir in den vergangenen Jahren gemacht haben, war die Auflösung des Delkredere, der das Parlament ja auch immer zugestimmt hat. Darauf angesprochen, kam die Antwort, man habe keine Steuersenkungsgelüste wecken wollen. Darum wurde besonderen Wert darauf gelegt, die Steuern möglichst “hoch oben” anzusiedeln. Trotz dieser Reservepolster durch das künstliche Hochhalten der Steuern hat man es nicht geschafft, Massnahmen als Vorbereitung auf die Krise zu ergreifen. “Schau zur Zeit, dann hast du in der Not”, ist leider nicht passiert. “

Kurt Zubler (SP)**Votum**

”Zur Aussage von Martin Roost, Steuerfussenkungen über Steuergesetzrevisionen vorzunehmen, möchte ich hinzufügen, dass wir dies in der Stadt gar nicht können. Wir können kein Steuergesetz revidieren, es bleibt nur das Instrument des

Gemeindesteuerfusses, der vom Parlament nach oben oder nach unten korrigiert werden kann. Wir können nicht in guten Zeiten sagen, jetzt warten wir auf die nächste Steuergesetzrevision des Kantons und bleiben auf ewig bei 98%. Das kann es wohl kaum sein.

Den Einwand von Gädi Distel habe ich erwartet: Immerhin geht es bei beidem in die gleiche Richtung. Ich finde, das hat nichts miteinander zu tun. Die Frage lautet: Wie analysiert man die Situation beim Lohn der städtischen Angestellten? Wenn man zum Schluss kommt, weiterhin parallel mit dem Kanton fahren zu wollen, ist das bezüglich dieser Ausgabe eine *inhaltliche* Diskussion - wie wir ja auch andere Ausgaben nicht gekürzt oder im Verlauf des Jahres neue Ausgaben genehmigt haben. Der Rat muss entscheiden, wie er dies bisher auch gemacht hat. Der andere Aspekt sind die Einnahmen: Ist der Steuerfuss richtig oder sind wir der Meinung, dieser müsse in Anbetracht der Summe von Einnahmen und Ausgaben angehoben werden. Es ist schwierig, den Steuerfuss an den Lohn des Personals zu "koppeln", diese Kritik wurde auch an die Adresse von Thomas Hauser geäußert. Wo kann gespart werden und wo nicht - das ist die Frage, und es kann nicht einzig eine Frage der generellen Entlohnung der Angestellten sein. Damit kommen wir nicht zu einem guten Ziel, Einnahmen und Ausgaben müssen getrennt betrachtet werden. Ein Vergleich mit der Privatwirtschaft hinkt, jetzt sei ein schlechtes Jahr und deshalb bekommt das Personal keine Lohnerhöhung. Sein Einfluss ist relativ gering. Wenn das Personal die Effizienz steigert und bessere Resultate erzielt, die finanziell zu einem verbesserten Resultat führen, geben wir das richtigerweise dem Steuerzahler weiter. Wenn das Resultat gut ist, profitiert der Steuerzahler mit einer Senkung des Steuerfusses, wir bauen die Schulden ab oder machen andere Rückstellungen. Wir zahlen keine Boni aus oder lassen das Personal vollumfänglich an dieser Leistung partizipieren. Es kann also nicht sein, dass in schwierigeren Zeiten, für die das Personal nicht verantwortlich ist, eine volle Überwälzung an das Personal stattfindet. Abschliessend möchte ich zu Dr. Cornelia Stamm Hurter noch sagen, dass ich nicht selektiv wahrgenommen und Ihren Satz sehr wohl verstanden habe - allerdings habe ich diesen selektiv interpretiert. "

Josef Eugster (SVP)**Votum**

"Ich werde das Votum von Martin Roost kommentieren: Ich denke, seine parteilose Zeit im Rat ist beendet, Sie sind herzlich willkommen in der SVP-Fraktion. "

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

"Meinem alten Schüler Urs Tanner möchte ich zu seiner Aussage, ich hätte die Hausaufgaben nicht gemacht, Folgendes sagen: Ja, es stimmt, ich mache sie tatsächlich selten - ich korrigiere sie nur und lieber. Wir haben diese allerdings schon gemacht. Bisher haben die Rechnungen immer besser abgeschlossen als die Voranschläge. Es dürfte auch wieder so herauskommen, das zeigt auch die Prognose 2010 oder dann habe ich sie falsch gelesen oder sie muss anders gedeutet werden, wie die GPK-Sprecher sagten. Ich lese die Zahlen gemäss meiner über 30jährigen Erfahrung in diesem Rat. Noch selten ist die Rechnung schlechter als der Voranschlag ausgefallen. Klar und deutlich haben wir uns bei der Investitionsrechnung (bei den Schulhäusern, Restaurantbetrieben) geäußert, dass die uns als gebundene Kosten präsentierten Ausgaben jenseits von Gut und Böse seien. Vieles ist aus dem Voranschlag gestrichen worden, es wird spezielle Vorlagen geben. Wir haben den gesamten Aufbau des Budgets, wie er ursprünglich gemacht wurde, kritisiert. Dies kann so einfach nicht stimmen, und man kann voraussagen, dass wahrscheinlich über das Jahr an der einen oder anderen Stelle Einsparungspotenzial vorhanden ist. Vor einem Jahr haben wir an der Budgetdebatte

diverse Sparanträge gestellt, die alle mit Stichentscheid der Ratspräsidentin abgelehnt wurden. Vor rund 5 Jahren haben wir einen Antrag gestellt, die Ausgaben an Dritte 10% zu senken - was auch geklappt hat. Aber auch dort wurde Zetermordio geschrien und uns vorgeworfen, wir hätten die Hausaufgaben nicht gemacht. Wir machen unsere Hausaufgaben und haben im Budget 2011 bei der Investitionsrechnung eben auch Sparpotenzial festgestellt. Wir hatten bereits vor 6 Wochen diesen Antrag in der Fraktionssitzung vorbereitet, die nachträglichen Änderungen sind sozusagen hoppla-hopp aufgetaucht und können meiner Meinung nach auch gut in die andere Richtung kippen. “

SR Peter Neukomm**Stellungnahme**

”Ich bitte Sie, Vernunft bei den Anträgen walten zu lassen und bei den von der GPK und vom SR gestellten Anträgen zu bleiben. Zu Thomas Hauser: Seine Begründung lautet, die FPD habe das immer schon so gemacht. Wenn mir ein Beamter das gleiche sagt, muss man doppelt hinschauen, ob das auch wirklich richtig ist. Mit seiner Aussage meint Thomas Hauser wohl unabhängig vom Ergebnis, dem finanziellen Handlungsspielraum und von der Verschuldung. Das kann der Stadtrat nicht, deshalb beantragt er Ihnen, den Gemeindesteuerfuss zu belassen. Eine Steuerfussenkung in der aktuellen Situation wäre alles andere als sinnvoll. Meine Vorredner haben natürlich Recht. Bitte nennen Sie Ross und Reiter bevor Sie das angeblich vorhandene riesige Sparpotenzial in diesem Budget erwähnen.

Zu der Aussage bezüglich Personalkosten von Walter Hotz: Da sieht es in Zukunft nicht sehr gut aus, als nächstes werden wir im 2011 die gesamte Spitex integrieren. Sie können sich leicht vorstellen, was das für die Personalkosten bedeutet. Natürlich fallen auch Beiträge weg, die heute einfach an einem anderen Ort erscheinen. Aber wenn Sie nur die Personalkosten ins Visier nehmen, sind Sie zu sehr fixiert. Ich bitte Sie dieses Thema beim nächsten Budget differenzierter zu überprüfen.

Zu Dr. Cornelia Stamm Hurter: Ich lade Sie übermorgen in mein Büro ein, damit wir gemeinsam die CHF 10 Mio. suchen können. Ich muss meine Vorgängerin in Schutz nehmen, das ist Quatsch, was erzählt wird. Es gibt keine CHF 10 Mio. stille Reserven und auch keine künstlich hoch gehaltenen Steuereinnahmen. Wir haben seit 2001 die Steuern massiv gesenkt. Wer so eine Aussage macht, negiert die Realitäten.

Ich möchte abschliessend noch einen Bezug zu Martin Roost machen: Sie können sich vollumfänglich dem Stadtratsantrag anschliessen, wenn Sie Probleme haben, aufzustehen, nur weil die SVP aufsteht. Ein weiterer Appell an diejenigen, die eine Steuererhöhung beantragt haben: Bitte bleiben Sie beim Gemeindesteuerfuss 98%. Wir möchten gemeinsam das Ziel erreichen, den finanziellen Handlungsspielraum zu verbessern, ohne jetzt schon eine Steuererhöhung zu beschliessen. Lassen Sie uns doch diese Möglichkeit, wir haben Ihnen den Weg mit der SLA und der Wohnraumentwicklung aufgezeigt, wie wir Schaffhausen vorwärts bringen und das Steuersubstrat erhöhen möchten. Zurzeit ist der falsche Zeitpunkt für eine Steuererhöhung. Der SR bleibt bei seinem Antrag von 98% und ist optimistisch, dass es uns gelingen wird, den geplanten Turnaround zu schaffen. “

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

”Der Finanzreferent erstaunt mich also schon mit seiner Aussage. Jetzt haben wir von Johanna Theiler eine A4-Queraufstellung im Frühling erarbeitet, wo detailliert nach Auflösung von stillen Reserven und eingegangenem Steuersubstrat ausgeschieden wurde. Wir sind uns einig darüber, welche stillen Reserven wir aufgelöst haben und noch auflösen werden. Wenn ich mich richtig erinnere, sind es

in diesem Jahr CHF 3,7 Mio., auf der anderen Seite lösen wir aktivierte Guthaben auf, respektive bauen diese ab, was eine Pattsituation ergibt. Wir haben Hand geboten, im Budget 2011 nochmals CHF 1,5 Mio. stille Reserven aufzulösen. Das sind Debitorenbestände, das heisst von Steuern, die zu optimistisch bewertet wurden. Das sind nun mal stille Reserven, wie sie die Privatunternehmen auch kennen. Eine Unternehmung hat Debitoren auf den Warenbeständen, die Stadt auf den Steuereinnahmen. Die Aussage von Dr. Cornelia Stamm Hurter war ganz sicher nicht falsch. “

Die **Ratspräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, stellt fest, dass verschiedene Anträge vorliegen, die wie folgt gegeneinander ausgemehrt werden:

Antrag Thomas Hauser (FDP): 96%

Antrag Kurt Zubler (SP): 99%

Der Grosse Stadtrat heisst den von Thomas Hauser (FDP) gestellten Antrag von 96% mit 16 : 9 Stimmen gut.

Antrag Thomas Hauser (FDP): 96%

Abstimmung Stadtrat und GPK: 98%

Der Grosse Stadtrat heisst den von Stadtrat und GPK gestellten Antrag von 98% mit 25 : 6 Stimmen gut.

Der 1. Vizepräsident, Edgar Zehnder (SVP), verliert die Anträge 3 bis 5 wie folgt:

ANTRÄGE

3. Die Lohnsummenentwicklung nach Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz wird mit 0 Prozent festgelegt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

<u>Wiederkehrende Ausgaben der Laufenden Rechnung:</u>		Franken
1202.365.908	Tourismus, Handel, Industrie und Gewerbe; Beitrag an Schweizer Städteverband; (Total Fr. 20'500), Erhöhung gemäss GV 2009	10'500
6600.364.001	Beiträge an Schifffahrtsgesellschaft URh, (Total Fr. 26'000) Erhöhung infolge neuer Leistungsvereinbarung	6'000

Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung:

63101.501.607	Agglomerationsprogramm; Ebnatstrasse	590'000
63101.501.670	Agglomerationsprogramm; Löwengässchen- unterführung Bereich Spitalstrasse, Aufweitung	350'000
63201.501.766	dito; Hemmentalerbach, Gerstemersteigwiesen Renaturierung	300'000

Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung:

Der Stadtrat beantragt, die Position 42000.506.100, Feuerwehr, Anschaffung Fahrzeuge, aus der Investitionsrechnung zu streichen, da diese nicht dem fakultativen Referendum unterliegt. Es handelt sich um eine reine Ersatzbeschaffung

von zwei Fahrzeugen (Atemschutzfahrzeug und Mannschaftsfahrzeug Hemmental).

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2011 benötigten fremden Mittel zu beschaffen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Schlussabstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst in seiner Schlussabstimmung das Budget 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit 22 : 6 Stimmen gut.

Schlussresultat:

Das Defizit des Budgets 2011 beläuft sich gemäss heutiger Budgetdebatte auf CHF 4'385'300.--.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 21.12.2010, um 18 Uhr, mit einem anschliessenden Apéro statt.

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 20:34 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring

Schaffhausen, 7. Januar 2011